

Arno Neuber

MILITÄRMACHT EUROPA

Die EU auf dem Weg
zur globalen
Interventionsmacht



Inhalt

Zivile Gegenmacht EUropa?	1
Die Anfänge der EU-Militärpläne	3
Deutsch-französische Achse in den 80er Jahren	4
Militärischer Arm der EU: Die schnelle Eingreiftruppe	6
Europa in schlechter Verfassung	8
Das Solana-Papier: Gemeinsam mit den USA das Gute in der Welt stärken	9
Headquarter-Schach	11
EU und/oder NATO: Wer zuerst kommt, schießt zuerst	12
Der "deutsche Weg", EUropa und die USA	13
"Kerneuropa" und der Krieg gegen den Irak	15
Fighter um Dollars und Euro	16
Panzer made in Germany und U-Boote ohne Konkurrenz	19
Rüstungsboom nach dem 11. September	21
Militarisierung des Weltraums	22
Mit Galileo gegen GPS	23
Atomkraft EU?	24
Schneller, weiter, Hindukusch	26

Impressum

isw-report 56, Dezember 2003

Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
(in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Militarisierung, IMI e.V.)
80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de, www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)
IBAN: DE49 7009 0500 0000 9834 20, Swift-Code: GENODEF1S04

Redaktion: Arno Neuber
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Fred Schmid
Grafiken: Arno Neuber, Titelgrafik: Bernd Bücking
Layout: Monika Ziehaus

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Redaktionsschluss: 17. November 2003

Druck: Das Freie Buch, München

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

In den letzten Jahren hat die Festung Europa ihre Mauern ständig höher gezogen. Für Menschen auf der Flucht vor Bürgerkrieg, Hunger und Perspektivlosigkeit kein Zutritt. An der "Küste des Todes", den Stränden der kanarischen Inseln Fuerteventura und Lanzarote haben die spanischen Flüchtlingsfänger von Januar 2002 bis August 2003 14.000 Menschen ohne Papiere aufgegriffen, 78 davon tot. In der Meerenge von Gibraltar veranstaltet die spanische Marine Verfolgungsjagden auf Menschen auf der Flucht. In Italien betreibt die Marine den gleichen Sport. Teile der südlichen Adria sind militärisch abgeriegelt. Umberto Bossi, Minister in der italienischen Regierung, will Marine und Küstenwache auf Flüchtlinge schießen lassen. Tony Blair schlägt die Einrichtung von Flüchtlingsreservaten außerhalb der EU-Grenzen vor. 4.000 Menschen sind nach Angaben von Flüchtlingsorganisationen in den letzten zehn Jahren an den Grenzen der EU gestorben. Ertrunken im Meer oder in der Oder zwischen Deutschland und Polen, erstickt in Containern, erschossen von Grenzschützern oder getötet in den Minenfeldern an der türkisch-griechischen Grenze.

Kein Zutritt auch für Waren aus den Ländern des Trikont. Die EU, deren Verlautbarungen von Bekenntnissen zum freien Welthandel nur so triefen, schottet ihre Märkte gegen Waren aus Entwicklungsländern ab und verursacht in den Ländern der "Peripherie" jährlich einen Schaden, der die Entwicklungshilfe um ein Vielfaches übertrifft. "Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen", schreibt Javier Solana im Entwurf seiner Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Und nie zuvor sind "europäische Streitkräfte häufiger ins Ausland verlegt worden" als im letzten Jahrzehnt.

Wenn Solana vom wohlhabenden Europa spricht, sind die Millionen Arbeitslosen, das wachsende Heer der Armen nicht gemeint. Längst bröckelt der Putz im Inneren der Festung. Flächendeckend werden die sozialstaatlichen Sicherungssysteme demontiert und über Bord geworfen.

Festung Europa

"Die kommenden Jahrzehnte werden damit zu einer Epoche der Gärung und Unruhe insbesondere in Asien und Afrika, aber auch in Europa und seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Modernisierungsdruck paart sich mit akuten sozialen und wirtschaftlichen Problemen und trifft auf Bevölkerungen mit relativ niedrigem Durchschnittsalter und hoher Reproduktionsrate. Es ist schwer vorstellbar, dass der sich so aufbauende Druck auf die 'Wohlfahrtsinsel Europa' mit Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungshilfe allein aufgefangen werden kann. Die europäischen Staaten müssen – zusätzlich zur Bekämpfung der Ursachen von Spannungen – auch militärisch vorsorgen, damit die Chancen auf grundlegende politische Lösungen nicht durch militärische Konflikte vertan werden."

Holger H. Mey: Deutsche Sicherheitspolitik 2030. Frankfurt a. M., 2001

Gleichzeitig haben die Festungsherren beschlossen, sich künftig auch militärisch weltweit einzumischen. Die EU strebt nach militärischer Interventionsfähigkeit mit eigenen Truppen – mindestens im Radius von 4.000 Kilometern rund um Brüssel: Panzerkreuzer Europa?

Zivile Gegenmacht Europa?

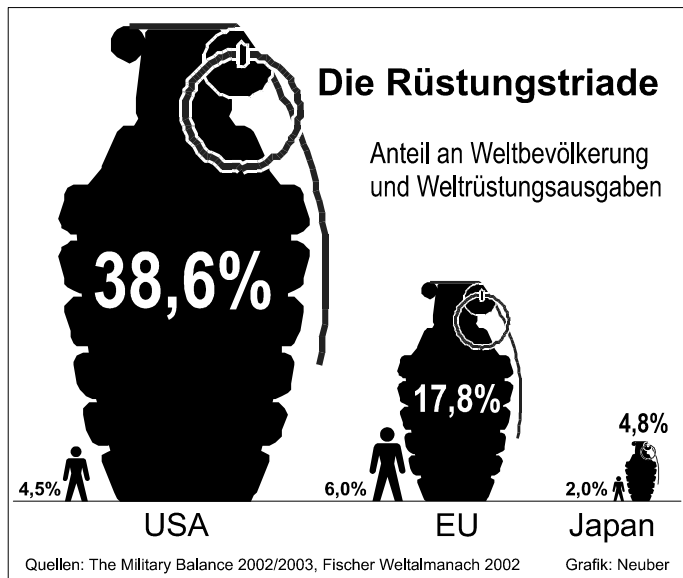
Europapolitische Themen haben hierzulande außer einem kleinen Kreis von Interessierten in den letzten Jahren kaum jemanden bewegt. Das hat vor allem strukturelle Gründe. Schließlich ist "Europa" Chefsache, die wesentlichen Entscheidungen werden im Kreis der Staats- und Regierungschefs getroffen. Das Europäische Parlament spielt nur die Rolle eines schmückenden Beiwerkes. Für Fragen der Außen- und der Militärpolitik (im offiziellen Jargon "Sicherheitspolitik" genannt) gilt das im Besonderen, berühren diese beiden Bereiche doch den Kern nationalstaatlicher Souveränität und waren daher bislang die am wenigsten "vergemeinschafteten".

Dass öffentliche Einmischung unerwünscht ist, zeigte jüngst die Vorlage eines Europäischen Verfassungsentwurfes durch einen sogenannten Europäischen Konvent und die Präsentation einer EU-Militärstrategie durch den "Hohen Repräsentanten" der EU, den früheren NATO-Generalsekretär Javier Solana. Selbst Staatschefs kleinerer EU-Länder, die Änderungswünsche anmelden, werden von den Großen abgewischt. Was von den hohen Herren der mächtigsten EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien ausgemauschelt wurde, haben alle anderen – die Bevölkerung der EU zumal – abzunicken.

Die Militarisierung der EU, die nach dem Niedergang der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers in Europa vorangetrieben wurde, hat im Bewusstsein der EU-Bewohner wenig Spuren hinterlassen. Die Auffassung von der Europäischen Union als einem "Zivilprojekt" dürfte noch weit verbreitet sein.

Der Krieg der USA (und in ihrem Gefolge Großbritanniens) gegen den Irak wurde in Deutschland genutzt, um eine lautstarke "euro-nationalistische" Welle loszutreten. Die Kritik an der "Festung Europa" sollte verstummen. Europa wurde vom Täter zum Opfer stilisiert. Angeblich müsse sich Europa aus dem Status eines US-Vasallen befreien. Der Weg dazu: Militärische Aufrüstung oder mediengerechter "Die Stärkung der militärischen Fähigkeiten der EU". Der Unterschied zwischen den USA und Europa sei "der Unterschied zwischen einer Hegemonialmacht, die ihre Dominanz ausdehnen will, und einem Kontinent, der friedliche Stabilität erstrebt", schreibt Egon Bahr in seinem aktuellen Buch "Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal." (München, 2003, S. 106)

Das Europäische Parlament rief zum Kampf gegen die Sklaverei. "Wenn es die Regierungen der Mitgliedsstaaten weiterhin den Amerikanern überlassen, eventuelle Kriege zu führen, und sich lediglich mit Fragen des Friedens befassen, dann muss sich die Union wohl damit abfinden, dass sie die Rolle der Athener im alten Rom spielt: Dies hieße, letzten Endes hinzunehmen, dass man sich dem Willen eines neuen Reiches unterordnet." (Europäisches Parlament: Plenarsitzungsdokument A5-0111/ 2003. Bericht über die neue europäische Sicherheitsarchitektur – Prioritäten und Schwachstellen, 27.3.2003. Hier zitiert nach: Gregor Schöllgen: Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, München 2003, S. 166)



Das "europäische Projekt", so wurde behauptet, sei die "weltordnungspolitische Alternative" (Harald Müller: Amerika schlägt zurück, Frankfurt a. M., 2003) zum US-Imperium. Dabei gehe Europa den Weg der "dritten Lösung", einen Weg "zwischen Imperialismus und Ohnmacht", indem es die "Verwandlung der Europäischen Union in eine Militärmacht" betreibe und so "zum aktiven Mitspieler in dieser pluralistischen Ordnung" wird, "die das weltweite Gleichgewicht garantiert". (Tzvetan Todorov: Die verhinderte Weltmacht. Reflexionen eines Europäers. München, 2003)

Am Samstag, dem 31.5.2003 starteten sieben europäische Intellektuelle eine bemerkenswerte Publikationsoffensive, die sie als Gegenaktion zum "Brief der Acht" vom 31. Januar, der Unterwerfungserklärung von acht Staatshäuptern aus dem "neuen Europa" (Rumsfeld) unter Bushs Irakkriegs-Kurs bezeichneten. Jürgen Habermas und Jacques Derrida beschworen in der FAZ und der Pariser Zeitung Libération "Die Wiedergeburt Europas". Genauer: Die Geburt einer gemeinsamen Außen- und Militärpolitik der "kerneuropäischen Mitgliedstaaten". "Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der 'verstärkten Zusammenarbeit' Gebrauch machen, um in einem 'Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten' mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen."

Folgt man Habermas und Derrida, dann hat sich in Europa "im Kontext von Arbeiterbewegungen und christlich-sozialen Überlieferungen ein solidarisches, auf gleich-

mäßige Versorgung abzielendes Ethos des Kampfes für 'mehr soziale Gerechtigkeit' gegen ein individualistisches Ethos der Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt, das krasse soziale Ungleichheiten in Kauf nimmt." Wo dieses Europa zu finden sein soll, bleibt das Geheimnis von Habermas und Derrida.

Demgegenüber stellt Conrad Schuler zu Recht fest: "Die Habermas-Hymne auf den europäischen Sozialstaat ist pure Propaganda. Die Organisationsleistungen und Steuerungskapazitäten der europäischen Staaten sind ebenso wenig beispielhaft wie die Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit. Mitten im flächendeckenden Abbau des Sozialstaates ist die Behauptung, in Europa habe sich ein solidarisches Ethos durchgesetzt, geradezu monströs." (Conrad Schuler: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln, 2003)

Dass Europa sich militärisch derzeit im Pygmäenstatus befindet, scheint Konsens der veröffentlichten Meinung zu sein. Dass der Globus neben dem Weltsheriff USA noch unbedingt einen Weltpolizisten oder -gendarmen EU braucht, wird kaum in Frage gestellt. Die Debatte kreist daher beständig und beinahe ausschließlich um die identifizierten "Defizite" für ein militärisch starkes Europa: Truppentransporter, Spionagesatelliten, Luftbetankung für Kampfflugzeuge, Marschflugkörper, Eliteeinheiten, Kommandozentralen, militärische Computernetzwerke.

Dagegen ist festzuhalten:

- Die Hauptprobleme dieser Welt heißen ungleiche Verteilung, Ausbeutung, Unterentwicklung, Hunger und Armut, nicht Terrorismus und "failed states". Anfang Juli 2003 musste das Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) darauf hinweisen, dass das Versprechen, das die Staats- und Regierungschefs beim UN-Millenniumsgipfel 2000 gaben – und das an sich schon eine Schande ist –, nämlich die Halbierung der schlimmsten Armut bis zum Jahr 2015, an fehlenden Geldern zu scheitern droht. "Die neunziger Jahre seien für viele Länder ein Jahrzehnt des Rückschritts gewesen", so das UNDP. "Mehr als 50 Staaten gehe es heute schlechter als 1990, in 21 Ländern hungerten prozentual mehr Menschen als vor zehn Jahren und in 14 stürben mehr Kinder als früher." (FR, 9.7.2003)
- Die EU und ihre Mitgliedsländer sind neben den USA und Japan die Hauptprofiteure einer Weltordnung krassester Ungleichheit. Diese Triademächte bilden eine "Interessengemeinschaft" zur Aufrechterhaltung ungleicher Tauschverhältnisse, zur Sicherung von optimalen Profitverhältnissen für westliche Konzerne, zur Beschaffung billiger Rohstoffe, Arbeitskräfte und intellektueller Kapazitäten. Der von ihnen vorangetriebene "Globalisierungsprozess produziert weltweit Armut und Elend: Die Kluft zwischen Industrieländern und Peripherie nimmt die Form einer 'globalen Apartheid' an." (Globalisierung und Krieg, isw-Information 2, München 2003)
- Zur Herrschaftssicherung dieser Interessengemeinschaft gehören Militärinterventionen, "Regimewechsel" und Waffenlieferungen an willfährige Despoten.
- Eine militärische Interventionsmacht EU, die gemeinsam mit den USA, unabhängig oder in Konkurrenz zu den USA weltweit operiert, ist nicht Teil einer Lösung globaler Probleme, sondern Teil des Problems.
- Demzufolge leidet die Welt nicht an einem Mangel europäischer militärischer Fähigkeiten. Im Gegenteil: Europa muss in Armutsbekämpfung, nicht in Bekämpfung

der Armen investieren. Europa muss abrüsten, nicht auf- und umrüsten. Europa braucht keine neue strategische Kultur (wie im Solana-Papier gefordert), sondern eine neue soziale und demokratische Kultur.

Heute geben die Mitgliedsländer und Beitrittskandidaten der EU täglich 500 Millionen Euro für Waffen und ihre Armeen aus. Aber sie sehen sich außer Stande, die der UNO zugesagten Mittel zur Armutsbekämpfung zur Verfügung zu stellen.

Heute schlagen die Militärs und Politiker der EU einen Kreis im Radius von 4.000 Kilometern um Brüssel und planen in diesem Gebiet Truppeneinsätze. Aber zur Aufnahme von Flüchtlingen sehen sie sich immer weniger in der Lage.

Heute droht die EU mit Militäreinsätzen gegen Länder, die sie der Entwicklung eines militärischen Atomprogramms verdächtigt. Aber die ambitionierten Atomwaffenprojekte in den eigenen Reihen sind kein Thema.

Zivilmacht Europa? Künftige Alternative zur militaristischen Machtpolitik der Bush-Regierung in den USA? Weder noch. Die "janusköpfige Wirtschafts- und Militärmacht" Europa (Haydt/Pflüger/Wagner: Globalisierung und Krieg. Hamburg, 2003) ist längst zur weltweiten Bedrohung geworden.

Die Anfänge der EU-Militärpläne: Rivalisierende und gemeinsame Interessen

Die Pläne für ein militärisch starkes und geeintes (West-)europa sind so alt wie die US-Dominanz als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. In europäischen Militärplänen verbanden sich und rivalisierten die gemeinsame antisozialistische Frontstellung gegen die Warschauer Vertragsstaaten mit dem Versuch Frankreichs und Großbritanniens, den deutschen Militarismus einzubinden, mit dem Interesse der USA, europäische Hilfstruppen für den weltweiten Kampf gegen "den Kommunismus" zu rekrutieren und mit den Absichten der westdeutschen Machtzentren, so schnell wie möglich wieder militärisch handlungsfähig zu werden.

Am 24. Oktober 1950 legte der französische Ministerpräsident René Pleven den Plan einer Integration westdeutscher Soldaten in eine Europa-Armee vor. Er sah die Teilnahme deutscher Soldaten an national gemischten Einheiten vor, die bereits auf Kompanieebene geschaffen werden sollten. "Die deutschen Einheiten sollten dabei von dem Augenblick ihrer Aufstellung an einem gemeinsamen Verteidigungsminister unterstellt werden, während die Streitkräfte der anderen Mitgliedsstaaten zumindest teilweise und vorläufig weiter nationalem Oberbefehl unterstehen würden." (Helmut Wolfgang Kahn: Der Kalte Krieg. Band 1, Köln, 1986).

Der Vorschlag, der auch die Unterstützung der französischen Nationalversammlung hatte, wurde bereits am 28. Oktober von den in Washington versammelten Verteidigungsministern der NATO als unbrauchbar zurückgewiesen. Sowohl in den USA als auch bei der Regierung Adenauer wurde der französische Plan als Verzögerungstaktik bei der Aufstellung deutscher Truppen eingeschätzt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 27. Mai 1952 schließlich der Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zwischen Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Italien und der BRD geschlossen.

Die Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung erwies sich allerdings als schwierig. Gegen den EVG-Vertrag waren nicht nur die Kommunisten, sondern auch konservative Kräfte um den einflussreichen General Charles de Gaulle. Mitte August 1954 verlangte der französische Regierungschef Pierre Mendès-France weitere Vertragsveränderungen. Erstens sollte das westdeutsche Militärkontingent nicht größer sein als das französische und zweitens verlangte Frankreich ein Recht zur Vertragskündigung im Falle einer deutschen Wiedervereinigung. Nachdem die Konzessionen nicht erteilt wurden, stellte Mendès-France den EVG-Vertrag in der Nationalversammlung zur Debatte. Am 30. August 1954 setzte das französische Parlament mehrheitlich die Ratifikation von der Tagesordnung ab und brachte die EVG-Pläne so zum Scheitern.

Waren es also französische Ängste vor einer wiedererstarkenden Militärmacht Deutschland, die zunächst die Europa-Armee verhinderten, so war es das US-amerikanische Verlangen nach Hilfstruppen für den Kampf gegen

Der Westen hat stets seine Interessen durchgesetzt

"Nachdem zentralamerikanische Länder über viele Jahre die hinsichtlich Krümmungswinkel und Farbschattierung EU-genormte Banane gezüchtet haben – nicht zuletzt auf Drängen und mit Hilfe der Europäer, damit deren Markt nicht mit Drogen überschwemmt wird –, erhöhte die EU ihre Einfuhrzölle auf zentralamerikanische Bananen, damit Frankreich seine beileibe nicht so wohlschmeckenden Bananen aus den eigenen Überseeprovinzen besser absetzen kann (...) Vielmehr werden die zentralamerikanischen Länder vor den Kopf gestoßen und hätten – legt man europäische Maßstäbe, die über Jahrhunderte gegolten haben, an – allen Grund dazu, der EU den Krieg zu erklären. Dies erscheint natürlich angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse nicht ratsam (...) Man kann nur hoffen, dass diese Länder sich in Zukunft nicht so verhalten, wie es Europäer über lange Zeit taten – und teilweise noch zu tun pflegen. Der 'Westen' hat stets seine Interessen – oftmals mit militärischer Macht – durchgesetzt, allein die Ziele, Zwecke und Begründungen unterlagen dem Wandel. Waren es mal Kreuzzüge oder Landnahmen, mal Zugang zu Rohstoffen, Absatz-

märkten oder Sklaven, sind es in jüngster Zeit 'humanitäre Interventionen'. Der Zeitgeist ändert sich und mit ihm die jeweils modische Begründung. Aus Sicht der nicht-westlichen Welt ist allerdings zu befürchten, dass der Westen auch in den nächsten dreißig Jahren intervenieren wird – und für die betroffenen Länder gilt es, dies zu verhindern.

Nach Clausewitz heißt Krieg führen, dem Gegner den Willen aufzuzwingen. Wenn nicht-westliche Länder im Rahmen eines mit 'klassischen Mitteln' ausgetragenen konventionellen Krieges kaum eine Chance gegen 'den Westen' haben, dann führen sie den Krieg in Zukunft eben unkonventionell. Nicht Irrationalität und Wahnsinn sind demnach die Hauptmotive für die Bestrebungen einiger nicht-westlicher Länder, sich Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme zuzulegen, sondern zweckrationales Verhalten. Diese Mittel sind in hohem Maße dazu geeignet, den Westen von einer Intervention abzuschrecken."

Holger H. Mey / Deutsche Sicherheitspolitik 2030

den Kommunismus und der britische Wunsch, sich eine lästige Wirtschaftskonkurrenz vom Halse zu schaffen, indem man Deutschland umfangreiche Rüstungslasten aufbürdet, die schließlich zu der Idee führten, die BRD in den 1948 gegründeten Brüsseler Pakt (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Großbritannien), die spätere WEU, aufzunehmen. Forciert wurde diese Idee insbesondere vom britischen Außenminister Eden.

Frankreich blieb weiter reserviert. Auf Drängen aus Paris musste die Adenauer-Regierung im Oktober 1954 den Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen und einige konventionelle Großwaffensysteme erklären. Auf der Pariser Konferenz (19. bis 23. Oktober 1954) wurden die ehemaligen faschistischen Achsenmächte Deutschland und Italien in den WEU-Vertrag aufgenommen. Die Bonner Verzichtserklärung wurde Teil des Vertrages. Dieser Verzicht war aber ein taktischer. Adenauer (unterstützt von Dulles) erklärte ihn von Anfang an nur unter Vorbehalt für gültig, nämlich solange die Umstände die gleichen blieben ("rebus sic stantibus").

Am 27. Februar 1955 verabschiedete der Bundestag in Bonn die Pariser Verträge. Am 6. Mai des gleichen Jahres trat der WEU-Vertrag in Kraft und am 9. Mai 1955 wurde die BRD Mitglied der NATO.

Die WEU taugte allerdings nur bedingt für die Verfolgung autonomer europäischer Militärpläne. Artikel IV des Gründungsvertrages legte ausdrücklich fest, dass "der Aufbau einer Parallelorganisation zu den militärischen NATO-Stäben unerwünscht ist".

In der Folgezeit scheiterten Initiativen für eine ambitioniertere EU-Militärpolitik immer am Veto aus London. So zum Beispiel 1962 der Fouchet-Plan (benannt nach dem französischen Botschafter), der auf eine intergouvernementale Zusammenarbeit statt auf Supranationalität setzte. Die klassische britische Position setzt außenpolitisch insbesondere auf die speziellen Beziehungen zu den USA – im militärischen Bereich, in der atomaren Zusammenarbeit und bei der Kooperation der Geheimdienste. Über diesen besonderen Draht übt London auch einen beträchtlichen Einfluss innerhalb der NATO aus. Eine eigenständige EU-Außenpolitik schwächt in dieser Sicht die eigene Position. Die NATO – auch die Machtverhältnisse in ihr – dürfen auf keinen Fall gefährdet werden.

Auch das Frankreich in der Ära des Staatspräsidenten Charles de Gaulle achtete streng auf nationale Kompetenz in außen- und militärpolitischen Fragen.

Im Oktober 1970 legten die Außenminister der sechs EG-Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) den sogenannten Luxemburger Bericht vor, der regelmäßige Konsultationen in außenpolitischen Fragen, Abstimmung der Haltungen und möglicherweise gemeinsames Vorgehen vorsah. Konkretisiert wurde diese "Europäische Politische Zusammenarbeit" (EPZ) im Kopenhagener Bericht vom Juli 1973 und zwei weiteren Gipfelkonferenzen.

Es war eine deutsche Initiative, die dazu führte, dass 1981 militärpolitische Fragen in den Zuständigkeitsbereich der EPZ aufgenommen wurden. Die Schaffung eines militärischen Spitzengremiums, eines "Rates der Verteidigungsminister" wurde durch den Widerstand Dänemarks, Griechenlands und Irlands vereitelt.

Deutsch-französische Achse in den 80er Jahren

In den 80er Jahren bekamen die Befürworter einer europäischen Militärpolitik Auftrieb. In Frankreich trieben die Sozialisten die Einbindung Deutschlands in eine europäische Rüstungs- und Militärpolitik im Rahmen der EG voran. Seit Monnets Memorandum vom 3. Mai 1950 verband Frankreich mit der europäischen Integration stets den Gedanken, dass dieses Europa unter französischer Führung stehen würde, dass deutsche Hegemoniegelüste durch Einbindung in eine europäische Gemeinschaft auszubalancieren sind, und dass Europa ein Gegengewicht zu den USA bilden würde.

De Gaulles beurteilte Großbritannien als trojanisches Pferd der USA und Führungskonkurrent und leistete daher Widerstand gegen die Aufnahme der Insel in die EWG. Die Zustimmung seines Nachfolgers Georges Pompidous Anfang der 70er Jahre ging von der Einschätzung aus, dass Großbritannien gemeinsam mit Frankreich ein Gegengewicht zu dem wirtschaftlich immer mächtiger werdenden Deutschland bilden könnte. Offenbar setzte sich aber schon bald die Erkenntnis durch, dass das ökonomisch schwächelnde Großbritannien kein geeigneter Partner für französische Ambitionen sein und seine enge Bindung an die USA nicht aufgeben würde. Dazu kam zu Beginn der 80er und unter dem Eindruck der Bewegung gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland die Furcht, Bonn könnte Sonderwege mit Moskau gehen.

1984 wurde die, gegenüber der NATO, bedeutungslose WEU nach deutsch-französischen Vorstößen reaktiviert. Ihr Amt für die Kontrolle der deutschen Rüstungspolitik wurde nun (auf französischen Vorschlag) zu einem Institut für strategische Studien und ein Rat der "Verteidigungs"minister wurde installiert. Paris und Bonn knüpften ein militärpolitisches Netzwerk, das von regelmäßigen Treffen der Regierungsspitzen, über gemeinsame Rüstungsprojekte, bis zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade ging.

Die 1987 ratifizierte "Einheitliche Europäische Akte" (EEA) erklärte die WEU zur zuständigen Organisation für die europäische Militärpolitik.

Der Ministerrat der WEU beschloss im gleichen Jahr eine "Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen". Darin bekannte sich die WEU zur Strategie der atomaren Abschreckung und zu den Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens.

Ein Jahr darauf wurde ein deutsch-französischer "Sicherheits- und Verteidigungsrat" ins Leben gerufen. Er sollte eine europäische Militärstrategie ausarbeiten. Außerdem wurde eine gemischte Brigade aufgestellt, gemeinsame Manöver und Rüstungsprojekte vereinbart. Deutschland sollte vor einem Einsatz der französischen atomaren Kurzstreckenraketen "konsultiert" werden.

Am 1. Juli 1991 löste sich die Warschauer Vertragsorganisation selbst auf.

Die deutsch-französische Achse betrieb jetzt mit Hochdruck die weitere Militarisierung der EU. Bereits im Maastrichter Vertrag von 1992 war die Möglichkeit vorgesehen, die WEU mit Kriseneinsätzen zu beauftragen.

Der Amsterdamer EU-Gipfel 1997 erklärte die WEU zum integralen Bestandteil der EU-Entwicklung. Eine gemeinsame "Verteidigungspolitik" wurde festgelegt, die "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen" (Vertrag von Amsterdam, Titel V, Art. J.7), also die sogenannten Petersberg-Aufgaben, umfassen sollte.

Deutschland und Frankreich drängten darauf, die WEU aufzulösen und ihre Vertragsbestandteile, einschließlich der militärischen Beistandspflicht, in den EU-Vertrag zu übernehmen, scheiterten aber am britischen Widerstand.

Im Herbst 1998 vollzog die Blair-Regierung eine Anpassung ihrer Strategie, um gegenüber Berlin und Paris nicht ins Abseits zu geraten. Das zeigte sich erstmals beim EU-Sondergipfel von Pörschach (Österreich) im Oktober 1998.

Am 4. Dezember 1998 überraschten Blair und Chirac in St. Malo mit der gemeinsamen Erklärung, die Europäische Union müsse "über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren". (Frankreich-Info Nr. 93, Französische Botschaft in Bonn, 8.12.1998) "Europa braucht verstärkte bewaffnete Kräfte, die in der Lage sind, schnell auf neue Gefahren zu reagieren, und die sich auf eine starke und wettbewerbsfähige industrielle und technologische Grundlage stützen." Die beiden Regierungschefs verlangten, dass "Europa sich in den internationalen Angelegenheiten Gehör verschaffen" muss.

Im ersten Halbjahr 1999 übernahm die "rot-grüne" Regierung in Berlin den Vorsitz in der EU und in der WEU. Sie nutzte diese Gelegenheit, um die europäischen Militärpläne mit Macht voranzutreiben.

Außenminister Fischer verlangte auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 1999, die EU müsse "die Fähigkeit auch für ein eigenes Krisenmanagement entwickeln, wann immer aus europäischer Sicht ein Handlungsbedarf besteht. Das muss letztlich auch eine militärische Komponente beinhalten ... Wir werden uns in unserer Doppelpresidentschaft in EU und WEU mit Nachdruck darum bemühen, die Diskussion in der Substanz voranzutreiben." (Pressereferat des Auswärtigen Amts, Bonn, 6.2.1999)

Im April 1999 stimmte Deutschland der neuen NATO-Strategie zu, die den US-dominierten Pakt zur weltweiten Eingreiftruppe machte. Weniger Beachtung fand, dass es Berlin und Paris im Gegenzug gelang, die Zustimmung der USA für ihre europäischen Militärpläne zu erhalten.

Am 10. und 11. Mai trafen sich die Regierungschefs und Außenminister in Bremen zur WEU-Ministerratstagung. Eine Bilanz ergab, dass die WEU umfangreichere Militäreinsätze nur unter Rückgriff auf NATO-Kapazitäten durchhalten kann. Defizite wurden vor allem bei Aufklärungssatelliten, beim Transport von Truppen und Waffen und in den Bereichen Kommunikation und Führung ausgemacht.

Die Tagung des Europäischen Rates im Juni 1999 in Köln beschloss, dass die EU "die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen" muss, "deren Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet

von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren". (<http://ue.eu.int/pesc/military/dehomedede.htm>)

Weiter wurde festgelegt, die Zusammenarbeit der europäischen Rüstungsindustrien zu fördern und die WEU bis Ende des Jahres 2000 in die Europäische Union einzugliedern. Die EU wurde damit zum Militärbündnis. Der amtierende NATO-Generalsekretär Solana, der sich im Krieg gegen Jugoslawien als Scharfmacher bewährt hatte, wurde als Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, kurz Mr. GASP, benannt. Am Rande des Gipfels vereinbarten die am Eurokorps beteiligten Nationen, die Truppe in eine europäische Krisenreaktionstruppe umzuwandeln. Das Eurokorps wurde bereits am 5. November 1993 offiziell in Dienst gestellt und ist seit Ende 1995 einsatzbereit. Es umfasst 55.000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien. Kohl und Mitterrand, die bei ihrem Treffen in La Rochelle im Mai 1992 die Initiative zur Aufstellung dieser Einheit ergriffen hatten, sahen das Korps schon seinerzeit als "Kern einer europäischen Verteidigungsidentität".

Auf dem Gipfel von Helsinki (10. und 11.12.1999) wurde die Aufstellung einer EU-Interventionstruppe vereinbart. "Bis zum Jahr 2003 sollen rund 50.000 bis 60.000 Soldaten, ausgerüstet mit hoch modernem Material, innerhalb von sechzig Tagen mobilisiert werden können, um bei Konflikten selbst in peripheren Gebieten auf diesem Globus rasch nach dem Rechten sehen zu können." (Handelsblatt 10./11.12.99) Die Truppe soll dort ein Jahr durchhalten können, unabhängig von den USA und der NATO. "Der Führungsanspruch der USA und die NATO werden aber nicht in Frage gestellt", meldete süffisant die Zeitschrift 'Soldat und Technik' (Nr. 2/2000), während die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' in einem Autorenbeitrag die "Abkehr von der NATO-Entscheidung von 1996, eine 'trennbare, aber nicht getrennte' Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) in der NATO zu entwickeln" konstatierte (FAZ, 19.6.2000: Getrennt marschieren oder zusammen?).

Um die "Krisenreaktionsfähigkeit" der Union zu verbessern, wurden drei neue Gremien eingerichtet. Ein "Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSK), das die politische Kontrolle und die strategische Leitung von Militäreinsätzen der EU ausüben soll. Dazu verfügt es über einen Militärausschuss (EUMC) und einen Militärstab (EUMS). Der Militärausschuss besteht aus den Generalstabschefs der Armeen der Mitgliedsstaaten. Er berät das PSK und leitet alle Militäroperationen. Der Militärstab umfasst rund 140 Militärs und ist seit Frühjahr 2001 einsatzbereit. Dem Militärstab obliegt die strategische Planung, die Führung des Lagezentrums und die Vorbereitung militärischer Entscheidungen und Aktionsoptionen.

In Helsinki wurde auch eine vorläufige Kompromissformel für das Verhältnis der EU zur NATO gefunden. Im Abschlussdokument heißt es: "Der Europäische Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, die Union in die Lage zu versetzen, autonom Beschlüsse zu fassen und in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen." (zitiert nach FR-Dokumentation, 24.7.2000)

Militärischer Arm der EU: Die schnelle Eingreiftruppe

Am 20. November 2000 tagte in Brüssel die Europäische "Capability Commitment Conference", die die einzelnen Beiträge der Mitgliedsländer für die gemeinsame EU-Interventionstruppe festlegte. Um die Truppe mit 60.000 Soldaten bis Ende 2003 einsatzbereit zu haben, muss insgesamt die dreifache Anzahl an Soldaten ausgebildet und bereit gestellt werden, damit der Zyklus von sechs Monaten Einsatz mit anschließender zwölfmonatiger Heimatstationierung eingehalten werden kann. Für die EU-Truppe wurden in Brüssel außerdem rund 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe zugesagt.

Das umfangreichste Kontingent stellt dabei Deutschland: Bis zu 18.000 Soldaten, die unmittelbar einsatzfähig sein sollen. "Wichtiger als die Zahl ist die Entscheidung, welche Fähigkeiten jedes Land zur Verfügung stellt", stellte die FAZ am 20.11.2000 fest. "Deutschland stellt einen Korps-, einen Divisions- und einen Brigadestab sowie die zu ihnen gehörenden Führungs- und Fernmeldeeinheiten." Dazu umfangreiche Kampfteinheiten. "All dies", folgert die FAZ, "untermauert den Anspruch der Bundesrepublik, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu prägen."

In Brüssel kam es bei aller Gemeinsamkeit zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen Berlin und Paris. Militärstabschef der EU, eine Position, die auch Frankreich angestrebt hatte, wurde der deutsche Generalleutnant Schuwirth. Da auch der Posten des Stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers Europa mit einem deutschen General besetzt ist, hat Deutschland die Schlüsselrolle bei der Organisierung der militärischen Zusammenarbeit von EU und NATO.

Mindestens fünf Ratstagungen der EU waren von einem Land geprägt, das gar nicht Mitglied der Union ist. Die Türkei legte sich als NATO-Mitglied quer und verhinderte das Zustandekommen eines Vertrages zwischen EU und NATO, der der Europäischen Union die Nutzung von NATO-Militäreinrichtungen sichern sollte.

Die Ratstagung am 19. und 20. Juni 2000 im portugiesischen Feira hatte bereits sogenannte "Drittländer" eingeladen, am Aufbau und Einsatz der EU-Eingreiftruppe teilzunehmen. "Damit diese Länder zur Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten beitragen können, wird der nächste Vorsitz geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Beitragskonferenz treffen. Bei diesen Maßnahmen wird den Fähigkeiten der sechs europäischen NATO-Mitglieder, die nicht der EU angehören, Rechnung getragen. Die bereits erfolgten Beitragsangebote der Türkei, Polens, der Tschechischen Republik und Norwegens werden begrüßt." (Bericht des Vorsitzes über die Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik)

Die Türkei hatte unmittelbar nach dem Beschluss von Helsinki im Dezember 1999 verlangt, volle Mitbestimmung bei militärischen Entscheidungen der EU zu erhalten. Das wurde unter Betonung der "Beschlussfassungsautonomie" der EU abgelehnt.

Im Vorfeld von Feira forderte die türkische Führung erneut, im Falle einer EU-Militärintervention nicht nur konsultiert zu werden, sondern sie wollte das Recht erhalten,

an den entsprechenden Entscheidungen direkt mitwirken. Die Türkei blockierte weiterhin ein NATO-Abkommen mit der EU mit dem Verweis auf türkische Interessen. "Dreizehn von sechzehn wahrscheinlichen Konfliktszenarien befänden sich in der Nachbarschaft der Türkei. Eine militärische Intervention könne auch, wie etwa der Golf-Krieg 1991, einen Flüchtlingsstrom verursachen oder schwere wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben." (Der türkische NATO-Botschafter Onur Öymen, zitiert nach FAZ, 29.05.00). Befürchtet wurden auch EU-Einsätze in der Ägäis oder auf Zypern.

Auch das EU-Gipfeltreffen im Dezember 2000 in Nizza und die wenige Tage später stattfindende NATO-Außenministertagung waren mit dieser Frage erfolglos befasst.

Wenige Tage vor der Ratstagung in Laeken am 14./15. Dezember 2001 wurde ein von den USA, Großbritannien und der Türkei ausgehandelter "Kompromiss" präsentiert, der die EU verpflichten sollte, "unter überhaupt keinen Umständen, noch in irgendeiner Krise" die Eingreiftruppe "gegen einen Alliierten" einzusetzen. Außerdem sollte der Türkei ein Veto für EU-autonome Militär-Einsätze zugestanden werden, wenn die Operation ihre "nationale(n) Sicherheitsinteressen" berührt oder in unmittelbarer

Die EU-Eingreiftruppe



**Insgesamt 78.890 Soldaten.
Dazu kommen 11.050 Soldaten,**
die von Nicht-EU-Staaten zur Verfügung
gestellt werden (darunter rund 4.500 Mann
von der Türkei)

"geografischer Nachbarschaft" stattfindet. Bekanntlich definiert die Türkei ihre Sicherheitsinteressen sehr großzügig vom Balkan über den Kaukasus bis nach Asien. Die 'Frankfurter Rundschau' (12.12.2001) kommentierte diesen Fakt mit der Bemerkung, "der Türkei in die Hand zu geben, wo die zukünftige EU-Eingreiftruppe aktiv werden darf, ist ein schwerer Fall politischer Blödheit ... Die nationalen Sicherheitsinteressen Ankaras voraus-eilend zu respektieren, das schlägt der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Beine weg." Und: "Weil die NATO ein sterbender Koloss ist, sollte die EU die geplante Abmachung mit der Türkei zerreißen und allein auf ihre eigene Kraft vertrauen." (FR, 12.12.2001)

Auch in Laeken konnte schließlich kein Durchbruch und damit kein Zugriff auf NATO-Kapazitäten erzielt werden. Insbesondere Griechenland machte sich stark gegen Zugeständnisse an die Türkei. Etwas kleinlaut wurde im Abschlussbericht erklärt, die EU sei "nunmehr in der Lage, einige Operationen zur Krisenbewältigung durchzuführen". (Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Laeken, Anlage II, www.dgap.org) Für größere Ambitionen fehlten nach wie vor die Vereinbarungen über den gesicherten Zugriff auf NATO-Hauptquartiere und -planungsstäbe.

Die Situation beim Gipfel in Sevilla (Juni 2002) war unverändert. Erst in Kopenhagen im Dezember 2002 wurde das zweijährige türkische Veto aufgebrochen, indem der Türkei im Gegenzug ein Beschluss über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen Ende 2004 zugesichert wurde. Außerdem wurde vereinbart, Zypern aus der militärischen Integration der EU auszusparen. Die Unterzeichnung eines förmlichen Abkommens (Berlin-Plus-Abkommen) zwischen der EU und der NATO fand schließlich am 16. März 2003 statt.

Über die Finanzierung künftiger EU-Militäreinsätze konnte beim Sevilla-Gipfel eine Übereinkunft erzielt werden. Grundsätzlich soll jedes teilnehmende Land seine Ausgaben selber bezahlen. Gemeinsam aus dem EU-Haushalt werden folgende Posten finanziert: Kosten für mobile und feste Hauptquartiere (Transport, Unterbringung, Ausstattung, Kommunikationseinrichtungen), "unvorhergesehene" Anschaffung von Ausrüstung für die Truppe und die medizinische Versorgung. Die Kostenregelung für den Transport der Truppen und ihre Unterbringung soll von Fall zu Fall im EU-Ministerrat beschlossen werden.

Neue Querschüsse kamen im Frühjahr 2003 aus Italien. Dessen "Verteidigungs"minister Antonio Martino (Forza Italia) machte deutlich, dass die Rechte in Rom derzeit mehr auf Washington als auf Paris und Berlin setzt. Er wolle die Aufgaben einer EU-Eingreiftruppe "möglichst klein halten", erklärte er der Presse (FTD, 22.02.03), um "Überschneidungen mit der NATO zu vermeiden". Die meisten Einsätze des EU-Militärs "könnte die NATO ebenso erfüllen und täte dies auch bereits". Allerdings scheint die Prognose-Fähigkeit des italienischen Ministers nicht immer optimal zu sein. Er hatte auch das rasche Scheitern des Euro angekündigt.

Bereits im Februar 2002 fiel in Brüssel die Entscheidung, den NATO-Einsatz in Mazedonien (Amber Fox) "unter die politische Kontrolle und die strategische Führung" (FR 6.2.2002) der EU zu bringen. Chef-Außenpolitiker Javier Solana wollte damit rasch Fakten schaffen, um zu verhin-

dern, dass die EU-Militärpolitik in den Geruch eines Papiertigers kommt. Die USA leisteten zunächst Widerstand. Aber im Vorfeld des Irak-Krieges kam der US-Führung eine militärische Entlastung per Frontbegradigung wohl nicht ganz unrecht. Am 14. März 2003 stimmte sie im NATO-Rat jedenfalls zu, dass die EU ab 1.4.2003 das Kommando übernimmt.

Die "Operation Concordia" ist für die EU ein Manöver unter realistischen Bedingungen, mit dem die derzeit noch komplizierten Mechanismen ihrer Militärpolitik erprobt werden können.

Der Einsatz erfolgt nach dem sog. "Berlin-Plus-Abkommen". In der Praxis heißt das, dass der Operationsplan gemeinsam von EU-Militärstab und dem NATO-Hauptquartier Europa (SHAPE) ausgearbeitet wurde. Die Führung liegt formal beim Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU; allerdings geht nichts ohne Abstimmung mit den NATO-Stellen, in denen die US-Militärs das Sagen haben. Damit es in diesem konkreten Fall klappt, ist der Oberkommandierende der EU-Aktion, der deutsche Admiral Rainer Feist, zugleich stellvertretender Oberkommandierender der NATO (DSACEUR) und leitet das Hauptquartier der EU, das sinnigerweise bei der NATO in Brüssel eingerichtet wurde.

Die Mazedonien-Operation soll aber auch der Testfall für ein größeres Militärunternehmen sein. Für 2004 strebt die EU auch die Übernahme der SFOR-Truppen in Bosnien an. Bislang scheiterte dieses Unterfangen am "No" aus dem Pentagon. Dort will man verhindern, dass die EU-Militärunion all zu schnell zur Konkurrenzorganisation heranwächst.

Bosnien wäre ein weiterer Meilenstein für eine unabhängige Militärpolitik der EU. Mit 12.000 Soldaten hat die SFOR-Truppe eine ganz andere Größenordnung, als die 350 Mann in Mazedonien.

Allerdings gibt es im Zusammenhang mit den Problemen der US-Truppen im Irak jetzt offenbar eine größere Bereitschaft, der EU entgegenzukommen. Möglicherweise wird es einen Deal geben, der eine stärkere europäische Unterstützung für die Irak-Besatzung Washingtons gegen die Übergabe der SFOR-Truppe an die EU vorsieht.

Im Mai 2003 trafen sich die EU-"Verteidigungs"minister in Brüssel. Peter Struck konnte melden, dass inzwischen insgesamt 33.000 deutsche Soldaten für den "Streitkräftepool" der EU-Truppe Gewehr bei Fuß stünden.

Am 21. Mai wurde die Truppe von der griechischen EU-Präsidentschaft für vollständig einsatzbereit erklärt. Die Kriegsminister allerdings sahen weiterhin Probleme beim Truppentransport, der Kommunikation und bei Spionagesatelliten und wollten lediglich eine bedingte Einsatzbereitschaft attestieren. Sie verfüge jetzt über die operativen Fähigkeiten zur Erfüllung der sog. Petersberg-Aufgaben, wurde erklärt. Strucks britischer Kollege Hoon bezweifelte, dass die Truppe bis Ende 2003 voll einsatzfähig gemacht werden kann.

Eine Analyse des Londoner (NATO-nahen) Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) kommt zu dem Schluss, dass die EU zehn bis fünfzehn Jahre brauchen wird, um ausreichende militärische Mittel im Bereich strategische Aufklärung, Führung und Material- bzw. Truppentransport zur Verfügung zu haben. Die EU selber hält das bis 2008 für erreichbar.

Europa in schlechter Verfassung

Auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki Ende Juni 2003 stellte der Vorsitzende des Europäischen Konvents Valéry Giscard d'Estaing den Entwurf einer künftigen EU-Verfassung vor.

Der Text des Verfassungsentwurfs (zitiert nach: Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, CONV 850/03, Brüssel, 18.7.03), der bis zum Europäischen Rat im Dezember 2003 zur Diskussion steht und der, geht es nach dem Willen von Berlin und Paris, im Mai 2004 – noch vor den Europa-Wahlen – verabschiedet werden soll, verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU, "die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aktiv und vorbehaltlos" (Art. III-195) zu unterstützen. Dazu gehört die "Bekämpfung des Terrorismus" mittels europäischer "Missionen", die von "Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung" bis zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung" gehen können. Verfassungsmäßig abgesichert ist auch die "Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet" (Artikel III-210). Der Kampf gegen "den Terrorismus" ist also für die EU Legitimation genug für Militärinterventionen, Waffenlieferungen, Einsatz von Militärberatern und Ausbildern in aller Welt, Unterstützung von Regimen, die sich darauf berufen, bei ihrem militärischen Vorgehen im Inneren ihres Landes nur "den Terrorismus" zu bekämpfen. Einer militärisch ausgerichteten, imperialen Interessenspolitik sind so Tür und Tor geöffnet.

Einzigartig in der Verfassungsgeschichte dürfte der Zwang zur permanenten Aufrüstung sein. In Artikel I-40 verpflichten sich die EU-Mitgliedstaaten, "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern".

Laut Verfassungsentwurf wird ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen" (Art. I-40). Ein spezielles europäisches Amt zur Förderung von Rüstungsausgaben und Kriegswaffenindustrie. Wenn Verfassungsfragen Machtfragen sind, dann ist EUropa tatsächlich in schlechter Verfassung. Der militärisch-industrielle Komplex übt offenbar großen Einfluss aus.

Dieses Amt untersteht dem Ministerrat und wird als Druckfaktor gegen rüstungsunwillige Mitgliedsländer fungieren, denn es hat ausdrücklich die Aufgabe, "bei der Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und der Bewertung der Erfüllung der von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen mitzuwirken" (Artikel III-212). Weiterhin soll das Amt multilaterale Rüstungsprojekte auf den Weg bringen, die Rüstungsforschung vorantreiben und "Studien zu technischen Lösungen, die dem künftigen operativen Bedarf gerecht werden" planen und koordinieren.

Die künftige EU-Verfassung wird auch ein militärisches Kerneuropa unterstützen. Sie sieht "besondere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen den Mitglied-

staaten vor, die in diesem Bereich weiter vorangehen wollen". (V. Giscard d'Estaing, Mündlicher Bericht an den Europäischen Rat in Thessaloniki, 20.6.03)

Artikel I-40, Abs 6 legt fest: "Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union."

"Die allgemeinen Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und zwar auch bei Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen" (Art. III-196) bestimmt

EUropa in Uniform: Die Armeen der EU-Länder		
Land	Soldaten	Reservisten
EU-Mitglieder		
Belgien	39.260	100.500
Dänemark	22.700	64.900
Deutschland	296.000	390.300
Griechenland	177.600	291.000
Großbritannien	210.450	256.750
Frankreich	260.400	100.000
Finnland	31.850	485.000
Irland	10.460	14.800
Italien	216.800	65.200
Luxemburg	900	
Niederlande	49.580	32.200
Österreich	34.600	72.000
Portugal	43.600	210.930
Schweden	339.000	262.000
Spanien	177.950	328.500
Gesamt	1.911.150	2.674.080
EU-Beitrittskandidaten		
Bulgarien	6.8450	303.000
Estland	5.510	24.000
Lettland	5.500	14.050
Litauen	13.510	309.200
Malta	2.140	
Polen	163.000	234.000
Rumänien	99.200	130.000
Slowakei	26.200	20.000
Slowenien	9.000	20.000
Tschechien	49.450	
Türkei	514.850	378.700
Ungarn	33.400	90.300
Zypern	10.000	60.000
Gesamt	1.000.210	1.583.250
Quelle: Military Balance 2002-2003, International Institute for Strategic Studies, London		

der Europäische Rat. Einen Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze, wie er in Deutschland gilt, kennt die EU nicht. "Verlangt eine internationale Situation ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Europäischen Beschlüsse." (Art. III-198)

Artikel III-210 definiert als "Missionen", über die alleine der Rat (einstimmig) entscheidet und "bei deren Durchführung er auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann", "gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten."

Der Rat kann für eine solche "Mission" eine Koalition der Willigen beauftragen, also eine "Gruppe von Mitgliedstaaten", die über die "erforderlichen Fähigkeiten verfügen und sich an dieser Mission beteiligen wollen" (Artikel III-211). Die Interventionswilligen müssen dann lediglich den Ministerrat "regelmäßig über den Stand der Mission" unterrichten.

Dass Militarismus und Demokratie Gegensatzpaare sind, beweisen die beschämend geringen Möglichkeiten des Europäischen Parlamentes in Bezug auf die Militärpolitik der Union. Bereits im Maastrichter Vertrag (Artikel J7) vom Februar 1992 wurde lediglich festgelegt, dass "der Vorsitz" (des EU-Rates der Staats- und Regierungschefs) das Parlament "zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen" der EU-Militärpolitik "hört" und darauf achtet, "dass die Auffassungen des Europäischen Parlamentes gebührend berücksichtigt werden". Ansonsten wird das Parlament lediglich regelmäßig "unterrichtet" und kann "Anfragen oder Empfehlungen an den Rat richten".

In den Entwurf der EU-Verfassung (Artikel III-205) wurden die gleichen Formulierungen übernommen, lediglich "der Vorsitz" wurde durch den "Außenminister" ersetzt. Geblieben ist auch die Auffassung vom Parlament als Hilfstruppe der Exekutive. So soll das Parlament nicht die Außenpolitik der EU kontrollieren, vielmehr führt es zweimal jährlich "eine Aussprache über die Fortschritte bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik". (Artikel III-205, Abs. 2)

Das Solana Papier: Gemeinsam mit den USA das Gute in der Welt stärken

Ebenfalls in Thessaloniki legte Javier Solana, der EU-Bbeauftragte für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), ein Papier für eine EU-Sicherheitsstrategie unter dem Titel "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt" vor. (Im Folgenden zitiert nach der deutschen Übersetzung auf der Homepage des Kasseler Friedensratschlags, www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/solana-papier.html)

Das Papier liefert eine holzschnittartige Beschreibung der Lage der Welt. Wird einleitend festgestellt, "nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen", so heißt es wenige Sätze später, dass in den letzten

Jahren "europäische Streitkräfte häufiger ins Ausland verlegt worden (sind) als in jedem früheren Jahrzehnt." Nur verschämt benennt das Papier die Folgen der kapitalistischen Globalisierung, wenn festgestellt wird: "Die Handels- und Investitionsströme, die technologische Entwicklung und die Verbreitung der Demokratie haben vielen Menschen mehr Freiheiten und wachsenden Wohlstand gebracht. (...) Trotz dieser ermutigenden Entwicklungen sind viele Probleme weiterhin ungelöst und manche haben sich zum Teil gar verschlimmert." Zusammenhänge werden nicht hergestellt, stattdessen wird der Kern der weltweiten Probleme in der "schlechten Staatsführung" einiger Länder gesehen.

Dass die EU ihren Militärapparat nicht aus humanitären Motiven unterhält, schimmert immerhin durch, wenn das Solana-Papier einen "weiteren Grund zur Besorgnis" in der "Energieabhängigkeit" der EU sieht. "Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 Prozent durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 Prozent erreichen. Der größte Teil der Einfuhren stammt aus der Golfregion sowie aus Russland und Nordafrika."

Ansonsten bietet das Papier in seiner "Bedrohungsanalyse" ein Sammelsurium von Stichwörtern, wie sie in den letzten Jahren bei europäischen Militärs unter der Bezeichnung "Erweiterter Sicherheitsbegriff" zum Standard geworden sind: Hunger, Flüchtlingsströme, "Temperaturanstieg", Drogen. Insbesondere aber folgt es den drei Vorgaben der US-amerikanischen Militärdebatte: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, "gescheiterte Staaten".

Als "strategisches Ziel" der EU-Sicherheitspolitik wird erstens eine Weltordnung genannt, "die sich auf einen wirksamen Multilateralismus stützt". Ziel der EU soll eine "normengestützte Weltordnung sein". Während die Bush-Administration keinen Hehl aus ihrer Verachtung internationaler Institutionen und internationalen Rechtes macht, will die EU den Weg gehen, internationales Recht "Entwicklungen wie Proliferation, Terrorismus und globale Erwärmung" anzupassen.

Zweitens fühlt sich die EU zur Herstellung von "verantwortungsvoller Staatsführung" und Stabilität in ihrer Nachbarschaft berufen, wozu auch Nordafrika, der Nahe und Mittlere Osten, sowie der Kaukasus – mithin die ölfreichsten Regionen des Planeten – zählen.

Staaten, die sich der EU-Interpretation von internationalen Normen nicht fügen oder deren innere Verfasstheit den EU-Strategen nicht passt, wird unverblümt mit dem militärischen Knüppel gedroht. "Eine Reihe von Staaten haben sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen innerer Staatsführung oder des Verhaltens in den internationalen Beziehungen. Es ist zu wünschen, dass solche Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden. Diejenigen, die hierzu nicht bereit sind, sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen."

Namentlich wird Nordkorea im Papier genannt. Auf Pressekonzferenzen gab es auch deutliche Drohungen gegenüber dem Iran. Die EU, wird Josef Fischer zitiert, sei "über die Nuklearisierung eines nahöstlichen Staates sehr, sehr besorgt – und das ist noch vorsichtig formuliert". (Die Welt, 21.6.2003) Zwar haben die Verhandlungen des

deutsch-französisch-britischen Feldherren-Trios mit Teheran den Iran etwas aus der Washingtoner Schusslinie genommen, aber es bleibt die Drohung aus Brüssel, der Preis für unbotmäßiges Verhalten, "könne im äußersten Falle auch ein Regimewechsel sein". (ebenda)

Für den Reservistenverband der Bundeswehr ist jedenfalls schon alles "glasklar". "Der Irak gehört nicht mehr zu den 'Schurkenstaaten', die mit Massenvernichtungswaffen und der Unterstützung von Terrorismus den Weltfrieden bedrohen", schreibt die Verbandszeitschrift "loyal" in ihrer August-Nummer 2003. "Und der Iran? (...) Am Fall Iran könnte sich dann erweisen, dass Europa nicht mehr rat- und hilflos zuschauen muss, wie eine von den USA angeführte 'Koalition der Willigen' Fakten setzt. Auch Europa könnte dann den Takt vorgeben, jedenfalls als eigenständiger Partner neben den und mit den USA auftreten. Immerhin werden derzeit die Voraussetzungen in Brüssel geschaffen."

Wenn die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' bei ihrer Berichterstattung über das Solana-Papier titelte "Wieder Anschluss an Amerika finden" (21.6.03), dann war nicht europäische Gefolgschaftstreue gemeint, sondern die Übernahme dieses Repertoires an Vorkriegs-Propaganda, wie es im Fall Irak noch nicht vergessen ist.

Beim Thema Proliferation folgt das Papier der Linie doppelter Standards, wie sie in den USA üblich ist. Die Atomprogramme Nordkoreas und Irans werden als bedrohlich eingeschätzt, diejenigen Taiwans, Pakistans oder Israels dagegen nicht.

Bereits in den im Juni 2003 beschlossenen "Grundprinzipien für eine EU-Strategie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen" wird ein präemptiver Militärschlag oder eine Intervention gegen einen Staat, der der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verdächtigt wird, nicht ausgeschlossen. Mit der atomaren Abrüstung in den eigenen Reihen, wie vom Atomwaffensperrvertrag ausdrücklich gefordert, hat man es dagegen nicht allzu eilig.

Aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1.7.1968

Die Vertragsparteien schließen das Abkommen "in dem Wunsch, die internationale Entspannung zu fördern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu stärken, damit die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, die Auflösung aller vorhandenen Vorräte an solchen Waffen und die Entfernung der Kernwaffen und ihrer Einsatzmittel aus den nationalen Waffenbeständen auf Grund eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle erleichtert wird."

Zur Frage der Mandatierung von EU-Militäreinsätzen schweigt sich der Strategieentwurf von Javier Solana aus. Ein "Versehen" kann das kaum sein. Das Offenhalten in dieser Frage kann nur eines bedeuten: Gerne mit UNO-Mandat, notfalls aber auch ohne. Offenbar hat auch die EU ein instrumentelles Verhältnis zur UNO.

Zwar verkauft sie ihre Politik, auch ihre Militärpolitik, als besonders UNO-kompatibel. "Die Charta der Vereinten Nationen bildet den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen", heißt es im Solana-Papier für eine gemeinsame Sicherheitsstrategie der EU. Und weiter: "Die Stärkung der Vereinten Nationen und ihre

Ausstattung mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben und für ein effizientes Handeln erforderlichen Mitteln, muss ein vorrangiges Ziel für Europa sein."

Aber stimmt die Realität mit dieser vollmundigen Erklärung überein? Eindeutig nein. Nicht nur, dass das Solana-Papier die Vereinten Nationen erst erwähnt, nachdem die "Schlüsselinstitutionen des internationalen Systems, z.B. die Welthandelsorganisation (WTO) und die internationalen Finanzinstitutionen", das Kriegsbündnis NATO und die "transatlantischen Beziehungen" als "tragende Elemente des internationalen Systems" gewürdigt sind. Dieses internationale System wird augenscheinlich mit dem Kapitalismus und den durch dessen Führungsstaaten geschaffenen Verhältnissen gleich gesetzt. Insbesondere aber halten die EU-Ankündigungen einer Überprüfung in der Realität nicht stand.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien ("Kosovo-Krieg") im Frühjahr 1999 wurde von der NATO geführt. Aber deren europäische Mitglieder gehören größtenteils der EU an. Während des Krieges vom 24. März bis 9. Juni 1999 gab es dementsprechend keine einzige EU-Erklärung zur Kritik am Vorgehen der NATO. Die einzige "Gemeinsame Aktion" im Rahmen der GASP war die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für das Kosovo am 30.3.1999 (Beschluss 99/239/GASP), "Gemeinsame Standpunkte" befassten sich v.a. mit einem Lieferboykott für Erdöl und Ölerzeugnisse gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Beschluss 99/27/GASP vom 23.4.99), nachdem bereits im Mai und Juni 1998 die Auslandsguthaben der jugoslawischen und serbischen Regierung durch die EU eingefroren worden waren, ein Verbot von Neuinvestitionen in Serbien erlassen, der Flugverkehr mit Jugoslawien eingestellt und ein Boykott gegen jugoslawische Fluggesellschaften beschlossen wurde. Gegen die UCK gab es dagegen keinen einzigen Beschluss. (Eine systematische Zusammenstellung aller GASP-Beschlüsse von den Anfängen bis Nizza liefert Marc Gottschald/Die GASP von Maastricht bis Nizza, Baden-Baden 2001.)

"Als eine Union mit 25 Mitgliedern, die insgesamt 160 Milliarden Euro für die Verteidigung aufwendet", heißt es im Solana-Papier, "sollten wir nötigenfalls in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt."

Und auch die Bereitschaft zum "pre-emptive strike", zum militärischen Erstschlag, fordert Solana von den EU-Mitgliedsstaaten. "Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen." Die EU müsse "bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln. Konflikte und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden." Kein Wunder, dass man auch im österreichischen "Bundesministerium für Landesverteidigung" das Solana-Konzept "als korrespondierendes Papier zur Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten" betrachtet (Europäische Sicherheit 10/2003). Eine "beinahe großartige Leistung" loben die Wiener und kritisieren lediglich "fehlende Deutlichkeit einiger Aussagen". Aber "es ist klar, dass ein die Zustimmung aller EU-Mitglieder benötigendes Strategiepapier zumindest am Anfang vorsichtig sein muss."

Selbstbewusst bietet das Solana-Papier der US-Führung eine globale Interventionspartnerschaft an. "Zusammen mit Amerika könne die Europäische Union hervorragend das Gute in der Welt stärken."

Bis Dezember soll der EU-Ministerrat das EU-Strategiepapier endgültig beschließen. In Arbeit ist zusätzlich ein "European Defence Book", in dem konkrete Einsatzszenarien für EU-Truppenkontingente und die daraus folgenden militärischen Maßnahmen festgelegt werden.

Headquarter-Schach

Am 5. September 2003 trafen sich die Außenminister der EU und der zehn Beitrittsländer im italienischen Riva del Garda. Nachdem der sogenannte "Pralinengipfel" in Brüssel (Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg) die Errichtung eines unabhängigen Hauptquartiers für EU-Militäreinsätze beschlossen hatte, konterte London mit dem Vorschlag, im NATO-Hauptquartier Europa (SHAPE) eine "EU-Zelle" einzurichten. Aus Italien kam jetzt der Kompromissvorschlag, "flexible nationale Hauptquartiere" aufzustellen. In der Praxis würde das bedeuten, "dass das britische Hauptquartier bei London, das französische bei Paris und das deutsche in Potsdam um Offiziere aus allen EU-Ländern ergänzt und damit in die Lage versetzt würde, von Fall zu Fall europäische Militäraktionen zu leiten" (FR, 6.9.2003). Offenbar ging das den "Kerneuropäern" aber nicht weit genug. Sie blieben bei ihrer Linie.

Am 20. und 21. September traf sich das europäische "Feldherrentrio" in Berlin. Tony Blair schwenkte dabei zumindest teilweise auf die Linie von Chirac und Schröder ein – wenn auch möglicherweise nur, um den weiteren Gang der Dinge mit beeinflussen zu können. "Wir sind gemeinsam überzeugt, dass die EU über eine gemeinsame Fähigkeit zur Planung und Führung von Operationen ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten verfügen muss", hieß es in der Abschlusserklärung des Treffens. Damit wäre der Weg frei für die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers. Es soll nach belgischen Vorstellungen bis zum 1. Mai 2004 im Brüsseler Vorort Tervuren installiert werden. Der britische Schwenk gilt als Durchbruch beim Aufbau einer autonomen EU-Militärpolitik. Gleichzeitig wird die Größenordnung des Hauptquartiers mit 40 bis 50 Offizieren als "symbolischer Luxus" (FAZ, 24.9.03) bezeichnet. Für die 'Welt' (22.9.03) sprechen bereits die Zahlen für sich. Schließlich arbeiten im NATO-Hauptquartier 3.000 bis 4.000 Menschen. Für die FAZ ist sicher, dass die EU in der Regel auf das NATO-Hauptquartier zurückgreifen wird. "Außerdem stehen, wie kürzlich bei der EU-Operation im Ostkongo unter französischer Führung, in Britannien, Deutschland und Frankreich nationale Hauptquartiere zur Verfügung, die einen solchen Einsatz leiten können." (FAZ, 24.9.2003).

Am 3. und 4. Oktober 2003 tagten die NATO-"Verteidigungs"minister in Rom. Erneut stand die Frage eines autonomen EU-Planungs- und Kommandozen-trums für Militäreinsätze auf der Tagesordnung. Italien hatte seinen Vorschlag eines "virtuellen" EU-Hauptquartiers konkretisiert. Dazu sollten in fünf nationalen Hauptquartieren – in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und

Griechenland – Offiziere bereitgestellt werden, die im Einsatzfall das ausgewählte nationale Führungszentrum verstärken.

Als Kompromisslösung mit den größten Realisierungschancen galt Anfang Oktober 2003 die Erweiterung des EU-Militärstabes in Brüssel um Planungs- und Führungskapazitäten, nachdem Schröder bei einem Treffen mit Spaniens Ministerpräsident Aznar erklärt hatte, es gebe "auch noch andere Vororte Brüssels als Tervuren" (FAZ 4.10.2003).

Am 13. Oktober berichtete der 'Spiegel' über eine geheime Übereinkunft des Headquarter-Trios Blair, Chirac und Schröder, nach der die zu schaffende EU-Kommandozen-trale mittelfristig auch Einsätze "hoher Intensität" führen können soll. Falls nicht alle EU-Staaten mitmachen wollen, sei man auch zu einem Alleingang bereit. Aus den USA kam sofort eine diplomatische Breitseite. Der US-Botschafter bei der NATO, Nicholas Burns, griff die Pläne als "die bedeutendste Bedrohung für die Zukunft der NATO" an.

Beim EU-Gipfel am 17.10.2003 in Brüssel rückte Blair unter massivem Washingtoner Druck weiter von einer eigenständigen EU-Militärführung ab. "Ich werde die NATO niemals aufs Spiel setzen", ließ Blair verlauten. Er wolle höchstens EU-Planungskapazitäten mittragen, die in NATO-Strukturen eingebunden sind, keinesfalls aber getrennte Strukturen. Offensichtlich geriet Blair damit aber im EU-Rat in die Defensive. So erklärte der amtierende Ratsvorsitzende Silvio Berlusconi: "Die EU muss mit einer angemessenen Verteidigungspolitik ausgestattet werden, wenn sie auf der Weltbühne eine wichtige Rolle spielen will." (FTD, 20.10.2003)

Gleichzeitig unterstützte der Rat die deutsch-französische Initiative, einer "strukturierten Zusammenarbeit" bei der Militärpolitik Verfassungsrang zu verleihen.

Blair versuchte erneut einen Spagat, indem er ausdrücklich die Notwendigkeit einer "starken europäischen Verteidigung" betonte und ein Bekenntnis zur NATO ablegte, die durch EU-Pläne nicht gefährdet werden dürfe.

Auf Druck der US-Regierung wurden die Botschafter der 19 NATO-Staaten im Anschluss an den EU-Gipfel für den 20.10.03 nach Brüssel einbestellt. Widerstand gegen den Termin kam aus Berlin und Paris. Angeblich widersprachen aber auch die Vertreter Spaniens und Italiens den Angriffen von US-Botschafter Burnes auf die EU-Militärpolitik. (FTD, 20.10.2003)

Am 23. Oktober 2003 befasste sich auch das Europäische Parlament mit dem Thema. Nach Informationen des Insider-Dienstes 'IAP' (11/03) plädierten die Abgeordneten "für den Aufbau eines mobilen multinationalen Hauptquartiers". In einer EntschlieÙung forderte das Europäische Parlament außerdem einen eigenen EU-Militärhaushalt und verlangte: "Spätestens bis 2009 soll die EU die Fähigkeit entwickeln, Operationen in der Größenordnung des Kosovo-Einsatzes durchzuführen." (Dokument A5-0348/2003 auf www.europarl.de).

Anfang November kam Javier Solana zu Absprachen mit Bundeskanzler Schröder und zu einem Auftritt vor dem Europaausschuss des Bundestages nach Berlin. Kanzler Schröder erklärte den Abgeordneten, "dass es unbestritten sei, dass Europa beim Aufbau eigener Krisenreaktionskräfte und bei der Übernahme internationaler Missionen einer eigenen Planungs-kapazität bedürfe. Fraglich

sei allerdings, ob eine eigene Führungskapazität nötig sei und wie groß sie sein solle. Es gehe eher darum, einen Nukleus von Führung zu schaffen, der die nationalen Führungsstäbe ergänze. Es handle sich nicht um die Schaffung permanenter Strukturen". (Europäische Sicherheit 11/2003)

Solana machte einen weiteren Zug beim Headquarter-Schach. Er erklärte, dass es nicht um Planung, sondern um Führung geht. "Einen solchen Einsatz zu planen, sei der Europäischen Union heute schon möglich, da sie über etwa hundert Militärs verfüge. Doch benötige sie auch einen Führungsstab, da die drei Mitgliedstaaten, die einen solchen Einsatz führen könnten (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) nicht ständig dafür zur Verfügung stünden." (FAZ, 13.11.2003).

Derzeit stehen den Europäern bereits drei militärische Optionen zur Verfügung. Die NATO-Variante (wie im Krieg gegen Jugoslawien), der EU-geführte Militäreinsatz mit NATO-Unterstützung (wie die Mazedonien-Operation und die geplante SFOR-Übernahme in Bosnien) und die autonome EU-Operation. Letztere Variante wurde mit der Operation Artemis im Kongo erprobt. Dabei stellte Frankreich der EU ein nationales Hauptquartier zur Verfügung. Größere Militäreinsätze sind in absehbarer Zeit nicht ohne NATO-Unterstützung möglich. Eben deshalb raten erfahrene Strategen dazu, das Wild nicht schon scheu zu machen, bevor man die Büchse hat.

Für einen alten Hasen wie den früheren CDU-"Verteidigungs"minister Volker Rühle ist der Hauptquartier-Streit "typisch für die EU", wo man gerne den zweiten vor dem ersten Schritt macht. "Jahre bevor die benötigten militärischen Mittel beschafft sind", kritisiert der CDU-Politiker, bemüht man sich "bereits um zusätzliche Institutionen für deren Führung im Einsatz." (FAZ, 29.10.2003).

EU und/oder NATO: Wer zuerst kommt, schießt zuerst

In einer Bundestagsrede am 6. Juni zur NATO-Osterweiterung forderte Außenminister Fischer, die NATO "neu zu erfinden". Es müsse "ernsthaft über so etwas wie eine Eurogroup in der NATO" diskutiert werden. Er forderte die US-Führung direkt auf, "das Tabu der Bildung einer europäischen Gruppe" in der NATO zu brechen und sie "dann auch zuzulassen."

In der Vergangenheit hatten US-Politiker, Demokraten und Republikaner, die Europäer immer wieder vor einem "eigenständigen und konflikthaften" Weg (Henry Kissinger) gewarnt. Bereits im Herbst 1999 zog der damalige stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott die Grenze. "Wir möchten keine ESVI (Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität, A.N.), die erst innerhalb der NATO entsteht, dann aber der NATO entwächst und sich schließlich der NATO entfremdet." Als Ausdruck einer solchen Politik gilt das Verbot der Bildung einer europäischen Fraktion innerhalb der NATO. Fischers Vorstoß kommt also einer offenen Kampfansage gleich.

Ende Juni trat der deutsche Co-Chef des europäischen Rüstungsgiganten EADS Rainer Hertrich mit dem Vorschlag hervor, die NATO künftig nur noch als "Plattform" zu nutzen. "Warum müssen alle Mitglieder bei allen Vor-

haben zustimmen? Für die Nutzung von Einrichtungen sollte man keinen einstimmigen Beschluss brauchen. Wenn fünf Staaten gemeinsam ihre Fähigkeiten ausbauen oder NATO-Einrichtungen nutzen wollen, dann sollten sie auch das Recht dazu haben." (Handelsblatt, 23.6.03). Hertrichs Vorschlag liefe darauf hinaus, die NATO zum Dienstleister für Militär-Interventionen aller Art zu machen. Dann könnten sowohl die USA auf die NATO als Hilfstruppe für den Irak zurückgreifen, als auch die EU für ihre Militär-Operationen. Bleibt die Frage, wer den ersten Zugriff haben soll.

Auf eine Arbeitsteilung nach der in den USA populären Formel "The US fights, the EU funds and the UN feeds", wonach die USA für die Kriege, die UN für die Nahrungshilfe, die EU aber fürs Bezahlen zuständig sein soll, will man sich jedenfalls weder in Berlin noch in Paris einlassen.

Auf dem Prager NATO-Gipfel im November 2002 gelang US-"Verteidigungs"minister Donald Rumsfeld ein Tempo-Gegenstoß, mit dem er die europäischen Kontrahenten überrollte. Er setzte dort den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe, der sogenannten NATO-Response-Force (NRF), durch. Die 'Frankfurter Rundschau' nannte sie die Truppe, "die als erste auf feindliches Gelände vorstößt" und die 'Frankfurter Allgemeine' bezeichnete sie am gleichen Tag (22.11.02) als "Expeditions-Korps für weltweite Kampfeinsätze".

Bis 2006 soll die gesamte Truppe mit geplanten 21.000 Soldaten stehen. Geplant ist, dass im Bedarfsfall ein Verband in Brigadestärke (mindestens 3.000 Soldaten) innerhalb von sieben Tagen abmarsch-, das heißt einmarschbereit zur Verfügung steht. Für Teile der Truppe soll es bereits nach zwei bis drei Tagen ins Einsatzgebiet gehen. Seit dem 5. Oktober soll die "Speerspitze" der NATO mit 9.000 Soldaten unter dem Kommando des britischen General Jack Deverell einsatzfähig sein (IAP 11/2003). Im Laufe des Oktober übten Einheiten, die für die NRF vorgesehen sind im niederländischen Brunssum und auf dem polnischen Truppenübungsplatz Babimost. Die USA drücken aufs Tempo. Im Wettlauf mit dem Aufbau der EU-Eingreiftruppe soll die NATO Response Force die Nase vorn haben. Ihre bedingte Einsatzbereitschaft, die für Ende 2004 vorgesehen war, wurde deshalb um ein Jahr vorverlegt.

Deutschland hat bereits 1.110 Soldaten der Luftwaffe und Marine abgestellt. Ab 2005 sollen 5.000 Elitesoldaten des Heeres folgen. Und das, obwohl die Truppe den Berliner Herren eigentlich nicht in den Kram passt. Sie funktioniert nämlich nach dem schlichten Prinzip, dass die NATO-Europäer die Truppen und das Gerät stellen und die Einsätze bezahlen, die Amerikaner aber das Sagen haben. Schnell machte daher auch das Wort von "der Fremdenlegion des Pentagon" die Runde. Was nicht ganz die Sache trifft, schließlich sollen die NATO-Legionäre ihre Einsätze auch noch selber bezahlen.

Außerdem sind NATO- und EU-Eingreiftruppe, für die sich Berlin stark macht, nicht kompatibel. "Die meisten Europäer planen die gleichen Streitkräfte für NATO- und EU-Einsätze ein – 'one set of forces' lautet die Formel", schreibt der Militärexperte Otfried Nassauer vom Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit (BITS). Um 20.000 Mann jederzeit für NATO-Militärinterventionen bereithalten zu können, müssten 60.000, möglicherweise sogar

100.000 für diese Aufgabe bereit stehen. Wenn es aber nur einen "Streitkräftepool" für zwei Eingreiftruppen gibt und die NATO sich die modernsten Einheiten sichert, dann müsste die EU bei jedem Einsatz zuerst die NATO zwecks Überlassung von Truppenteilen anfragen.

Die USA sichern auch noch auf eine zweite Weise den Vorrang ihrer nationalen Interessen. Die NATO-Truppe soll nach US-Standard ausgerüstet werden, mit teurer Technik, die bei US-Rüstungskonzernen zu beschaffen ist. "Spötter haben die Prager Capability Commitments bereits umgetauft: Es seien Buy American Commitments." (Otfried Nassauer: NATO und EU im Kielwasser der Bush-Doktrin? 29.3.2003).

Rumsfeld und seine Generäle wollen sich keineswegs mit zweitklassigem Personal zufrieden geben. Für die NRF sollen durchweg europäische Eliteeinheiten abgestellt werden. Sie werden eine sechsmonatige Sonder-Ausbildung erhalten und dann von NATO-Prüfteams begutachtet und zertifiziert. Anschließend stehen sie sechs Monate lang in Alarmbereitschaft.

Deutschlands "Verteidigungs"minister Struck hatte noch am 14.11.2002 im Bundestag deutliche Worte gen Washington gerichtet: "Wir werden kein Konkurrenzverhältnis zulassen, das daraus erwächst, dass man dem Motto 'Es gibt jetzt nur noch die Nato-Response-Force, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vergessen wir' folgt." Nach einem von Rumsfeld im Oktober 2003 anberaumten Ministertreffen in Colorado Springs, bei dem ein gemeinsames NRF-Manöverspiel auf dem Plan stand, erklärte er die Rumsfeld-Truppe aber brav zum zukünftigen "Herzstück gemeinsamer Operationen". Gleichzeitig solle der Aufbau der deutschen Division Spezielle Operationen (DSO) und der Division Luftbewegliche Operationen (DLO) jetzt "noch energischer" vorangetrieben werden, weil sie auch in der NATO-Truppe eine "entscheidende" Rolle spielen sollen.

Der "deutsche Weg", EUropa und die USA

"Die Sicherheits-Analyse ergibt: Wo die NATO bestimmt, kann Europa nicht bestimmen", hat Egon Bahr im Mai 2002 in einem Aufsatz mit dem Titel "Schild Europas oder Schwert Amerikas?" geschrieben. Und wo die EU bestimmt, ist es mit der US-Dominanz vorbei, könnte man in Washington ergänzen.

Die NATO ist das wichtigste Instrument zur US-amerikanischen Einflussnahme in Europa. Deshalb stoßen Versuche, die Rolle der NATO zu schwächen, europäischen Einfluss in ihren Strukturen zu stärken oder gar autonome EU-Kapazitäten aufzubauen, auf den erbitterten Widerstand Washingtons.

Jede Maßnahme zur Stärkung der EU-Autonomie in Militärfragen wird daher von formelhaften Treueschwüren zur NATO begleitet. Was tatsächlich in Schröders Berliner Kabinett gedacht wird, dürfte nicht weit von dem entfernt sein, was Egon Bahr in seinem aktuellen Buch "Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal." formuliert. Der Vordenker der erfolgreichen "Wandel durch Annäherung"-Strategie gen Osten propagiert darin eine Strategie der Abnabelung nach Westen.

Nach dem Ende des realen Sozialismus gibt es keinen Zwang zu einem einigen Westen mehr, analysiert Bahr. Europa hat die Chance, sich von US-amerikanischer Dominanz unabhängig zu machen. "Die Selbstbestimmung ist nur gegenüber der Protektormacht zu erreichen. Genauer: indem die weit gehende Dominanz Amerikas über europäische Außen- und Sicherheitspolitik beendet wird." Zwei Erkenntnisse sind ihm dabei wesentlich: "Die Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks sind unterschiedlich geworden und werden es bleiben, und die eigenen Möglichkeiten und Grenzen müssen im Vergleich zu Amerika nüchtern eingeschätzt werden." (S. 103)

Begrenzt sieht er europäische Möglichkeiten insbesondere im militärischen Bereich. "Mit dem Euro hat Europa den Hut in den Ring globaler Ansprüche geworfen. Er ist eine dem Volumen nach ebenbürtige Währung neben dem Dollar. Die Präsidenten der europäischen und der amerikanischen Zentralbank sind Kollegen geworden. Das bedeutet sehr viel. Aber machtpolitisch fehlt eine Entsprechung zu Washington." (S. 89)

"Keine Gemeinschaft mit dem Anspruch auf internationale Handlungsfähigkeit darf wehrlos sein. Sie braucht Streitkräfte, um ihre Politik durchsetzen zu können (...) Die EU muss sich also eine europäische Armee zum Ziel setzen. Sie muss stark genug sein, jeden konventionellen Angriff abzuwehren und fähig, Friedenssicherung und Stabilität in Regionen zu garantieren, für die sie Verantwortung übernommen hat. Sie muss entsprechend bewaffnet und mobil und selbstständig unter europäischem Kommando einsatzfähig sein." (S. 99)

Einige in der SPD sehen offenbar bereits den Zeitpunkt gekommen, an dem die US-amerikanische Dominanz in Europa zu bröckeln beginnt.

"Am Samstag, dem 15. Februar 2003", schreibt der ehemalige französische Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn in einem Beitrag für 'Le Monde', den die 'Frankfurter Rundschau' am 11.3.03 nachdruckte, "ist auf der Straße eine Nation geboren. Diese neue Nation ist die europäische Nation ... Es fehlt ihr gewissermaßen nur noch eine politische Exekutive, die der Herausforderung würdig ist." Dieser Vereinnahmungsversuch der weltweiten Bewegung gegen den Irak-Krieg (am 15.2.2003 demonstrierten in europäischen Großstädten mehrere Millionen Menschen) für euronationalistische Ziele motiviert auf der gleichen Zeitungsseite auch die drei Vizefraktionschefs der SPD Gernot Erler, Michael Müller und Angelika Schwall-Düren, die "Vision Europa" auf den Punkt zu bringen: "Den Vereinigten Staaten droht eine Überdehnung als Folge einer Politik der Stärke ... Wer jetzt nicht begreift, dass deshalb vieles auf Europa zuläuft (Joschka Fischer), der wird es nie begreifen ... Dies geht nicht, ohne eine Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)."

Und wie reagieren die USA auf die Ambitionen der Europäer? Eine eigenständige militärische Rolle der EU war in Washington nie vorgesehen. Zwar unterstützten die USA bei den NATO-Gipfeltreffen von Berlin (1996) und Washington (1999) das Konzept der sogenannten "Combined Joint Task Forces" (CJTF), also Einheiten aus verschiedenen NATO-Staaten (Combined) und allen Teilstreitkräften (Joint), die nur zu einem bestimmten Zweck zusammengestellt werden (Task Force) und auch für Einsätze unter WEU-Kommando zur Verfügung stehen sollten. Damit aber sollten europäische Ambitionen kanali-

Out of area: Militär aus EU-Ländern im Auslandseinsatz

– Unvollständige Liste, 2002/2003 –

EU-Mitgliedsländer	
Belgien	Bosnien (SFOR: 450), Mazedonien (KFOR: 210), Jugoslawien (KFOR: 800), Kongo (EU ARTEMIS)
Dänemark	Afghanistan (ENDURING FREEDOM: 100), Kirgisien (ENDURING FREEDOM: 75), Afghanistan (ISAF: 50), Bosnien (SFOR: 365), Mazedonien (EU CONCORDIA: 40), Jugoslawien: (KFOR: 540), Irak (Polnischer Besatzungssektor)
Deutschland	Afghanistan (ISAF: ca. 1.670/Kunduz: bis 450), Jugoslawien (KFOR: 3.800), Bosnien (SFOR: 1.300), Mazedonien (EU CONCORDIA: 50), Kenia (ENDURING FREEDOM: 130), Dschibuti (ENDURING FREEDOM: 460), Usbekistan (Luftwaffenstützpunkt: 190), Östliches Mittelmeer (ACTIVE ENDEAVOUR: 230), Uganda (für EU ARTEMIS: bis 350)
Griechenland	Zypern (1.250), Afghanistan (ISAF: 30), Bosnien (SFOR: 250), Jugoslawien (KFOR: 1.700), Kongo (EU ARTEMIS)
Großbritannien	Ascension (Luftwaffe: 37), Belize (Armee: 30), Brunei (Armee: 1.100), Zypern (3.190/UNFICYP: 416), Falkland Inseln (1.300), Gibraltar (575), Diego Garcia, Ind. Ozean (Marine, Luftwaffe), Kenia (Armee: 20), Nepal (Armee: 63), Oman und Muscat (Luftwaffe: 33), Sierrea Leone (HQ: 100), Afghanistan (ISAF: 400), Bosnien (SFOR: 1.700), Sierra Leone (UNOMSIL: 21), Jugoslawien (KFOR: 2.200), Irak (Besatzungsmacht: 10.000), Kongo (EU ARTEMIS)
Frankreich	Antillen: Guadeloupe und Martinique (Hauptquartier: 4.000), Franz. Guayana (HQ Cayenne: 3.000), Ind. Ozean, Mayotte, La Réunion (Stützpunkt 4.700), Neukaledonien (HQ Nouméa: 2.600), Polynesien (HQ Papeete: 2.600), Tschad (950), Elfenbeinküste (bis 2500), Dschibuti (3.200), Gabun (750), Senegal (1.150), Afghanistan (ISAF: 400), Bosnien (SFOR: 2.200), Mazedonien (EU CONCORDIA: 210), Kirgisien (Luftwaffenstützpunkt), Pazifik (Flottenverband), Libanon (UNIFIL/UNOGIL: 235), Jugoslawien (KFOR: 5.200), Kongo (EU ARTEMIS: 800)
Finnland	Afghanistan (ISAF: 50), Bosnien (SFOR: 120), Jugoslawien (KFOR: 800)
Irland	Bosnien (SFOR: 50), Ost Timor (UNMISSET: 42), Äthiopien, Eritrea (UNMEE: 219), Jugoslawien (KFOR: 104)
Italien	Malta (Luftwaffenstützpunkt: 16), Afghanistan (ISAF: 350), Albanien (für KFOR: 1.160), Bosnien (SFOR: 1.600), Ägypten (MFO: 75), Äthiopien, Eritrea (UNMEE: 210), Libanon (UNIFIL: 51), Jugoslawien (KFOR: 4.200), Irak (2.400)
Luxemburg	Bosnien (SFOR: 23)
Niederlande	Niederl. Antillen (HQ Curacao: 20), Afghanistan (ISAF: 150), Bosnien (SFOR: 1.000), Mazedonien (EU CONCORDIA: 400), Jugoslawien (KFOR: 1.450), Kongo (EU ARTEMIS)
Österreich	Afghanistan (ISAF: 60), Syrien (UNDOF: 363), Westsahara (KFOR: 498), Kongo (EU ARTEMIS)
Portugal	Sao Tome und Principe (Luftwaffe: 5), Afghanistan (ISAF: 20), Bosnien (SFOR: 330), Ost Timor (UNMISSET: 733), Jugoslawien (KFOR: 313)
Schweden	Afghanistan (ISAF: 45), Bosnien (SFOR: 41), Jugoslawien (KFOR: 751), Kongo (EU ARTEMIS)
Spanien	Afghanistan (ISAF: 350), Bosnien (SFOR: 1.200), Jugoslawien (KFOR: 1.300), Irak (Polnischer Besatzungssektor: 2.000), Kongo (EU ARTEMIS)
Beitrittskandidaten	
Bulgarien	Irak (Polnischer Besatzungssektor: 500)
Estland	
Lettland	Bosnien (SFOR: 97), Jugoslawien (KFOR: 15), Irak (Polnischer Besatzungssektor)
Litauen	Bosnien (SFOR: 95), Jugoslawien (KFOR: 29), Irak (Polnischer Besatzungssektor)
Malta	
Polen	Afghanistan (ENDURING FREEDOM: 87), Bosnien (SFOR: 287), Mazedonien (EU CONCORDIA: 25), Libanon (UNIFIL: 473), Jugoslawien (KFOR: 574), Irak (Besatzungsmacht: 2.500)
Rumänien	Afghanistan (ENDURING FREEDOM: 475/ISAF: 48), Bosnien (SFOR: 122), Jugoslawien (KFOR: 221), Irak (Polnischer Besatzungssektor)
Slowakei	Zypern (UNFICYP: 272), Ost Timor (UNMISSET: 34), Äthiopien, Eritrea (UNMEE: 194), Syrien (UNDOF: 97), Jugoslawien (KFOR: 40), Irak (Polnischer Besatzungssektor)
Slowenien	Bosnien (SFOR: 78)
Tschechien	Kuwait (ENDURING FREEDOM: 350), Jugoslawien (KFOR: 400)
Türkei	Nordzypern (Besatzung: 36.000), Afghanistan (ISAF: 1.400), Bosnien (SFOR: 1.200), Jugoslawien (KFOR: 940)
Ungarn	Bosnien (SFOR: 155), Zypern (UNFICYP: 121), Ägypten (MFO: 41), Jugoslawien (KFOR: 325), Irak (Polnischer Besatzungssektor)
Zypern	
Quellen: The Military Balance 2002/2003, Y-Magazin der Bundeswehr, Junge Welt, tagesschau.de, FAZ, FR, www.bundeswehr.de	

siert werden. Die Rede war von einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb der NATO. Das CJTF-Konzept führte außerdem zu flexibleren und kurzfristig verlegbaren Einsatzkräften – einer Voraussetzung für den Umbau der NATO zum weltweit operierenden Interventionsbündnis. Dabei war die militärische Kontrolle durch die USA gesichert. Militärische Aufrüstung der europäischen Armeen ist im Pentagon gern gesehen, aber nur solange dabei nicht am Führungsanspruch der USA gekratzt wird.

Washington hat das frühzeitig klar gestellt. Bereits in einer diplomatischen Demarche vom 21. Februar 1991 wurden die europäischen NATO-Länder unmissverständlich gewarnt: "Das Bestreben, einen europäischen Pfeiler dadurch zu bilden, dass die Rolle der NATO umdefiniert und begrenzt, die (NATO-)Struktur geschwächt und ein monolithischer Block von gewissen Mitgliedern geschaffen wird, wäre aus unserer Sicht eine fehlgeleitete Politik. Wir möchten hoffen, dass solchen Bestrebungen standhaft und entschlossen widerstanden wird." (Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, München, 2001).

Die Clinton-Regierung machte noch gute Miene zum bösen Spiel, als bei den NATO-Europäern nicht mehr von ESVI (Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der NATO), sondern von einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gesprochen wurde. Noch am 4. Februar 1999 sprach der stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik davon, dass die militärischen Initiativen der EU zu einer Art "Vertiefung der NATO" führen könnten, wenn sie richtig umgesetzt würden.

Und im Gipfel-Kommunique des NATO-Treffens von Washington im April 1999 wurde der EU zugesagt, dass man zu Vereinbarungen über die Nutzung von NATO-Einrichtungen für EU-Militäreinsätze, bei denen sich die NATO nicht engagieren will, bereit sei. Das galt allerdings unter dem Vorbehalt, dass die von US-Außenministerin Albright formulierten "Drei Ds" eingehalten werden: No duplication, no decoupling, no discrimination – also keine doppelten Militärstrukturen, keine Abkoppelung von den USA und kein Ausschluss der europäischen NATO-Mitglieder, die nicht der EU angehören.

Der Wendepunkt für die US-Führung war der Kölner EU-Gipfel vom Juni 1999, der den Aufbau autonomer militärischer Kapazitäten in den Mittelpunkt der EU-Entwicklung rückte.

Am 7. Oktober des gleichen Jahres zog Talbott bei einer Konferenz über die Zukunft der NATO in London eine deutliche Grenzlinie: "Die Vereinigten Staaten sind für die ESVI." Aber: "Wir möchten keine ESVI, die erst innerhalb der NATO entsteht, dann aber der NATO entwächst und sich schließlich der NATO entfremdet, denn das würde zu einer ESVI führen, die anfänglich ein Duplikat der NATO wäre, aber mit der Zeit mit der NATO konkurrieren könnte." (Rede am Royal Institute of International Affairs in London: Americas Stake in a Strong Europe, Homepage der US-Botschaft).

Im Frühjahr 2000 wies US-Verteidigungsminister Cohen noch einmal unmissverständlich auf die Toleranzgrenze der US-Führung hin. "Nur eine der NATO klar untergeordnete europäische Komponente findet die Zustimmung der USA", warnte er. Eine "total separate", unabhängige,

autonome europäische Militärorganisation würde das transatlantische Band sprengen (zitiert nach 'Soldat und Technik' 3/2000).

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2000 trat US-Verteidigungsminister Cohen noch schärfer als gewohnt auf. Nach einer Abstrafung der Europäer wegen angeblich ungenügendem Engagements im Krieg gegen Jugoslawien stellte er Bedingungen im Hinblick auf europäische Militärambitionen. "Ich würde gerne kurz auf die ESVI eingehen, denn dafür engagieren sich die Europäer stark, und offen gesagt, stehen auch wir in den Vereinigten Staaten dem positiv gegenüber und wollen die ESVI unterstützen, wenn sie genau das tut, was Generalsekretär Robertson vorhin sagte – nämlich drei Dinge beachten: Unteilbarkeit – es darf keine Trennung der Verbindung zwischen NATO und ESVI geben. Verbesserungen – Fähigkeiten, die wir heute nicht haben, müssen aufgebaut werden. Einbindung – alle NATO-Länder, die nicht Teil der EU sind, müssen Zugang zum Planungs- und Vorbereitungssteil haben, sonst wird es Widerstände gegen die umfassende Zusammenarbeit zwischen NATO und ESVI geben. Dies sind die entscheidenden Bestandteile, und wenn sie beachtet werden, wird es keine Probleme geben." (Europäische Sicherheit Nr. 3/2000).

Auf der 37. Münchner Sicherheitskonferenz zu Jahresbeginn 2001 war es Henry Kissinger, der die Europäer vor einem "eigenständigen und konflikthafter" Weg warnte. Und der neue US-Verteidigungsminister Rumsfeld stellte nochmals klar, dass "Maßnahmen, die die Effektivität der NATO durch verwirrende Duplizierung oder Störung der transatlantischen Verbindung beeinträchtigen" von den USA als "nicht positiv" betrachtet werden (Europäische Sicherheit 3/2001).

Danach drohten die USA, die NATO notfalls durch eine "Koalition der Willigen" zu ersetzen, wenn die Europäer keine Bündnisgefolgschaft leisten. Im Februar 2002 kam der stellvertretende US-Außenminister Paul Wolfowitz nach München und verkündete, dass eines der "bedeutendsten Konzepte" der USA das "Wesen von Koalitionen" betrifft, nämlich "dass die Mission die Koalition bestimmen muss und nicht andersherum". (UZ, 15.2.02)

"Kerneuropa" und der Krieg gegen den Irak

Der Krieg gegen den Irak hat gezeigt, dass es strategische Differenzen zwischen den europäischen Mächten gibt. Großbritannien und Spanien und in ihrem Gefolge die osteuropäischen Beitrittsländer haben den Kurs der Bush-Regierung unterstützt, Großbritannien und Polen sind heute Besatzungsmächte mit eigenen Besatzungszonen im Irak. Spanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Slowakei, Lettland, Litauen und auch Dänemark stellen Besatzungstruppen für den polnischen Sektor.

Deutschland und Frankreich haben sich gegen die Bush-Krieger gestellt und sie öffentlich herausgefordert. Das Wort von der deutsch-französischen Friedensachse machte die Runde. Ein Irrtum. Die Differenzen betrafen nämlich nicht die Frage, ob Krieg als Mittel der Politik

grundsätzlich auszuschließen sei oder nicht. Es ging um die konkrete Vorgehensweise im Falle des Irak. Und es ging um die Machtverteilung im westlichen Lager.

Trotz seiner öffentlichen Ablehnung des Krieges stellte Kanzler Schröder und seine Regierung Deutschland als Truppenaufmarschgebiet und Nachschubbasis zur Verfügung. Und in Frankreich war man im Frühjahr 2003 kriegsbereit, falls die USA doch noch zu Zugeständnissen an die Europäer bereit gewesen wären. Nicht zuletzt betraf das die französischen Ölintereessen im Irak.

Der erfolgreiche Versuch der Bush-Administration, die EU in der Frage der Kriegsunterstützung zu spalten, belebte auf der anderen Seite die Idee eines militärischen Kerneuropa neu.

Ursprünglich stammt der Gedanke aus einem europapolitischen Grundsatzdokument der CDU/CSU-Fraktion vom September 1994, das die Unions-Außenpolitiker Karl Lamers und Wolfgang Schäuble formuliert hatten. Danach sollte ein europäischer Kern um Deutschland und Frankreich formiert werden, der wie ein Magnet andere EU-Mitgliedsländer in sein Kraftfeld ziehen sollte. Kerneuropa stellte eine Rückfallposition dar, falls eine rasche politische und militärische Union scheitern sollte.

Am 12. Mai 2000 griff Außenminister Josef Fischer in einer Grundsatzrede an der Berliner Humboldt-Universität diesen Gedanken auf. "Ein solches Gravitationszentrum müsste die Avantgarde, die Lokomotive" (FAZ, 15.5.00) für eine politische, auch eine militärpolitische EU sein. Am 30. Mai 2000 sprach auch Frankreichs Präsident von der Bildung einer europäischen "Spitzengruppe".

Im Dezember 2002, auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen innerhalb der EU um den Irak-Kurs, kam die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' unter der Überschrift "Europäische Zäsur. Das Nachdenken über ein Kerneuropa gewinnt neuen Reiz" zu der Erkenntnis: "Das Konzept eines funktionierenden Kerneuropas kann noch nicht ausformuliert werden, weil es dann im Konvent von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Aber die Türe dorthin muss die neue europäische Verfassung offenhalten. Nur dann kann aus der Erweiterung ein Europa entstehen, wie es Politiker von Jacques Delors bis Tony Blair formuliert haben: kein Superstaat, aber durchaus eine Supermacht." (FAZ, 17.12.2002).

Im März 2003 griff Karl Lamers seinen Gedanken von Kerneuropa in einem Interview mit der 'Frankfurter Rundschau' wieder auf. Für ihn hatte die Spaltung der EU in der Irakfrage bewiesen, "dass eine gemeiname Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der 25 und vorerst 15 unmöglich ist". (FR, 24.3.2003)

Am 29. April 2003 wird Kerneuropa konkret. In Brüssel treffen sich die Staatschefs von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg und machen Druck auf den Europäischen Konvent. Sie wollen das Prinzip der "verstärkten Zusammenarbeit" in der EU-Verfassung auch für die Militärpolitik verankert wissen. Und sie setzen sich damit durch. Der Vierergipfel drängt außerdem auf eine härtere Gangart bei künftigen EU-Militärinterventionen. Sie sollen auch "anspruchsvollste Aufgaben" übernehmen. Es wird vereinbart, "bei den Investitionen in die militärische Ausrüstung" mehr Geld locker zu machen. Die bereits bestehende deutsch-französische Brigade wird um belgische Kommandoeinheiten und luxemburgische Aufklärungs-

truppen verstärkt und soll dann als schnelle Eingreiftruppe einer EU-Interventionsarmee dienen. Bis Juni 2004 soll ein EU-Lufttransportkommando stehen, das Soldaten und Waffen in mögliche Einsatzgebiete bringen kann.

Vor allem aber soll ein EU-Planungs- und Kommandostab aufgebaut werden zur Durchführung "EU-geführter Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO" (siehe Kapitel "Headquarter-Schach"). Das sorgte für beträchtlichen Wirbel in London und Washington. Ein eigenständiger Gipfel-Tagesordnungspunkt "NATO-unabhängiges EU-Hauptquartier" wurde deshalb kurz vor dem Treffen von der Tagesordnung genommen. (FTD, 30.4.03)

Fighter um Dollars und Euro

Auf Initiative des Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im US-Repräsentantenhaus, Duncan Hunter, wurde in den Entwurf des US-Rüstungshaushaltes für 2004 eine "Buy American"-Klausel aufgenommen. "Staaten, die es versäumten, den Vereinigten Staaten im Irak beizustehen" beschrieb die New York Times am 23.7.03 diese Klausel, "sollten nicht die Pfründe amerikanischer Rüstungsaufträge ernten oder das Pentagon in ein Abhängigkeitsverhältnis für kritische Komponenten versetzen."

In der "Defense Authorization Bill 2004" hat das Repräsentantenhaus festgelegt, alle Abhängigkeiten von ausländischen Lieferanten zu dokumentieren, der US-Industrie finanzielle Hilfen zur Verfügung zu stellen, um sich von solchen Lieferungen unabhängig zu machen und Komponenten selbst herzustellen, Rüstungskäufe aus Ländern, die den US-Krieg gegen den Irak ablehnten zu verbieten und alle Rüstungsmaterialien ausschließlich auf US-Werkzeugmaschinen herstellen zu lassen. Offenbar stößt die Klausel aber auf Widerstand aus der Rüstungsindustrie selbst, weil sie z.B. auch britisch-US-amerikanische Kooperationen behindert. Im US-Kongress wird schon länger der Standpunkt vertreten, "dass die USA zur Wahrung ihrer nationalen Sicherheit nicht von ausländischen Zulieferungen für ihre Waffensysteme abhängig sein dürfen". (Wehrtechnik III/2003)

Fakt ist, dass transatlantische Rüstungscooperation praktisch nicht mehr stattfindet. Das einzige derzeitige Projekt "auf gleichberechtigter Basis" (Planet Aerospace 1/2003) ist MEADS (Medium Extended Air Defence System), ein trilaterales Vorhaben, an dem neben den USA (55 %) Deutschland (28 %) und Italien (17 %) beteiligt sind. MEADS soll als lufttransportfähiger (z.B. mit dem Militär-Airbus) Raketenwerfer gegen Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen, Marschflugkörper und Raketen eingesetzt werden. EADS-Chef Hertrich beschwert sich über die Abschottungspolitik der USA. Für ihn machen daher auch transatlantische Großfusionen derzeit keinen Sinn: "In den USA würden wir als europäisches Unternehmen gelten und hier als ein amerikanisches. Und damit verliert man bei den weiterhin nationalen Kunden auf beiden Seiten." (Handelsblatt, 23.6.2003).

Auch im deutschen "Verteidigungs"ministerium wird festgestellt, "dass protektionistische Tendenzen zum Schutz der nationalen Industrien und zum Erhalt von Technologie-Know-how auf beiden Seiten des Atlantiks, entgegen der allgemeinen Beteuerung, eine wichtige

Rolle spielen". (Wehrtechnik III/2003) Von deutscher Seite beklagt man sich, dass auch heute noch der Hightech-Anteil der NATO-Ausrüstung aus US-Fertigprodukten besteht und es auf diesem Sektor zu keiner Kooperation kommt.

Die USA schotten ihren Rüstungsmarkt rigoros ab, drängen aber gleichzeitig offensiv auf den europäischen. So weist eine Statistik aus dem Struck-Ministerium darauf hin, dass im Zeitraum von 1997 bis 1999 Rüstungsmaterial im Wert von nur 420 Millionen Dollar aus Deutschland in die USA gingen, in umgekehrter Richtung aber im Wert von 2,3 Milliarden Dollar – während die allgemeine Handelsbilanz einen deutlichen Überschuss auf deutscher Seite verzeichnet. Europaweit haben US-Konzerne im gleichen Zeitraum elfmal mehr Waffen und Rüstungsgüter verkauft, als die USA von dort importiert haben. Jüngst sah sich sogar der scheidende NATO-Generalsekretär Robertson veranlasst, die Regierungen der NATO-Länder aufzufordern, gegen die Abschottungspolitik aktiv zu werden, weil sie militärische Beschaffungen unnötig verteuere und sogar die gemeinsam beschlossenen Ausrüstungsziele, die sog. "Prag Capability Commitment" gefährden könne.

Rüstungsdealer: Die größten Waffenhändler beim Verkauf konventioneller Großwaffen		
Rang	Land	Rüstungsexporte 1997 – 2001
1	USA	44.821 Mio. Dollar
2	Russland	17.354 Mio. Dollar
3	Frankreich	9.808 Mio. Dollar
4	Großbritannien	6.699 Mio. Dollar
5	Deutschland	4.821 Mio. Dollar
7	Niederlande	1.862 Mio. Dollar
8	Italien	1.671 Mio. Dollar
11	Schweden	1.123 Mio. Dollar
13	Spanien	870 Mio. Dollar
16	<i>Slowakei</i>	336 Mio. Dollar
18	<i>Tschechien</i>	295 Mio. Dollar
20	<i>Bulgarien</i>	223 Mio. Dollar
23	Belgien	214 Mio. Dollar
26	<i>Polen</i>	158 Mio. Dollar
31	Griechenland	85 Mio. Dollar
33	Österreich	82 Mio. Dollar
35	<i>Türkei</i>	69 Mio. Dollar
38	Finnland	34 Mio. Dollar
40	<i>Rumänien</i>	32 Mio. Dollar
41	<i>Ungarn</i>	24 Mio. Dollar
42	Dänemark	18 Mio. Dollar
fett: EU-Länder kursiv: EU-Beitrittskandidaten		
Quelle: SIPRI Yearbook 2002, Appendix 8A, Angaben für die Jahre 1997–2001 in Millionen US-Dollar, Konstante Preise von 1990		

Gleichzeitig gibt es insbesondere in Frankreich und Deutschland starke "buy european"-Tendenzen. Der Branchendienst IAP berichtet in seiner November-Ausgabe 2003 von einem französischen Vorschlag, "europäische Staaten, die Rüstungsgüter in den USA kaufen, mit einer Art 'Strafsteuer' zu belegen, deren Erlöse in einen europäischen Forschungsfond fließen". Frankreich wolle diese Maßnahmen ergreifen, weil "die Amerikaner auf dem Rüstungssektor erfolgreich auf eine Spaltung Europas" setzten (IAP 11/2003). In Berlin wird seit Ende 2002 im Bundeswirtschaftsministerium an einer Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes gearbeitet, die der Regierung die Möglichkeit geben soll, den Einstieg ausländischer Unternehmen bei deutschen Rüstungskonzernen künftig zu verhindern. Danach wären Verkäufe von Rüstungsanteilen ab 25 Prozent genehmigungspflichtig.

Für die SPD ist nämlich "eine eigenständige europäische wehrtechnische Industrie (...) Teil einer umfassenden Sicherheits- und Risikovorsorge" (Rainer Arnold, "Verteidigungs"politischer Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, Soldat und Technik 5/2003). In europäischen Zusammenschlüssen der Rüstungsindustrie sieht man im Willy-Brandt-Haus die Chance, Kosten zu sparen und einem Ausverkauf deutschen Rüstungs-Know-hows an die US-Konkurrenz einen Riegel vorzuschieben. Kanzler Schröder und der französische Präsident Chirac machten sich jüngst persönlich stark für eine "Marine-EADS" durch Zusammenschluss der deutschen Großwerften mit dem französischen Rüstungskonzern Thales. Durch Zusammenlegung der dicken Brocken wären Paris und Berlin in der Lage, den dominierenden Einfluss im europäischen Rüstungsbereich auszuüben. "Nur so können wir gestaltend und richtungsentscheidend mitwirken, wie es unserem politischen und wirtschaftlichen Gewicht in Europa entspricht." (Rainer Arnold a.a.O.).

Vaterlandsloser sieht die Industrie die Dinge. Der Bundesverband der deutschen Industrie hat bereits seinen Widerspruch angemeldet. Und der Vorstandschef des Lenkwaffenherstellers Diehl, der sich bislang einer Einverleibung in den europäischen Zusammenschluss der Raketebauer MBDA widersetzt, droht damit, "deutsche Rüstungsaktivitäten" an US-Konzerne zu verkaufen, wenn nicht mehr Bestellungen aus Berlin eingehen. "Wenn US-Investoren hier verstärkt einsteigen sollten, ist das immer noch besser, als wenn die wehrtechnische Industrie in Deutschland sich auf Grund zu geringer nationaler Aufträge so einfach auflöst." (Die Welt, 27.10.2003).

Das Dilemma der Berliner Herren ist deutlich: Die Rüstungs-Dinosaurier, die sie selber mit herangezogen haben, wollen nun auch gefüttert werden. Mit der Drohung, an US-Konzerne zu verkaufen, bietet sich ihnen dabei ein zusätzliches Erpressungsinstrument. Der Fall Diehl liefert Anschauungsunterricht, wie die Rüstungsbosse sich gesund stoßen wollen. Die Waffengeschäfte laufen eigentlich glänzend. Was kränkelt ist der zivile Bereich mit Standbeinen in der Bau-, Elektro-, Automobil- und Haushaltsgerätebranche. Das soll nun durch den Ausbau der Rüstungsproduktion wett gemacht werden.

Anders sieht die Lage in Großbritannien aus. Dort setzt man vor allem auf den US-Rüstungsmarkt. Ein Drittel des Gesamtumsatzes und den größeren Teil des Rüstungsgeschäftes macht die British Aerospace in den Vereinigten Staaten. Eine geplante Verdoppelung des Geschäftsvolumens soll über eine Fusion mit einem US-Rüstungsgigan-

ten – Boeing, Lockheed Martin und General Dynamics sind in der Diskussion – erreicht werden. So möchte man von den Rekordrüstungsausgaben der Bush-Regierung profitieren.

"Der größte britische Rüstungskonzern ist gar kein britisches Unternehmen." Dieses Bonmot schreibt die FAZ (15.9.03) Geoff Hoon, Großbritanniens Kriegsminister, zu. 52 Prozent der Aktionäre von BAE Systems kommen laut FAZ aus dem Ausland, die meisten davon aus den USA.

Vor zwei Jahren machte die Labour-Regierung beim einstigen Staatskonzern British Aerospace den Weg für ausländische Investoren frei. Im April 2003 beschloss das Kabinett von Tony Blair, seinen Einfluss bei BAE Systems und dem Triebwerkshersteller Rolls-Royce, den es über sogenannte Goldene Aktien ausübte, weiter zu reduzieren. Um zu verhindern, dass die beiden Konzerne vollständig in ausländische Hand gelangen, müssen aber weiterhin 15 Prozent des Aktienkapitals britisch bleiben.

EADS – Hoflieferant für Europas Generale

Die EADS ist nach eigenen Angaben der größte Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern Europas und die Nummer Zwei in der Welt.

Der Umsatz betrug im Jahr 2002 29,9 Mrd. Euro, 80 Prozent davon entfallen offiziell auf zivile Geschäfte, 20 Prozent auf die Rüstung. In Firmenzeitschriften wird aber klar gestellt, dass man angesichts vieler Dual-use-Technologien auch 30 Prozent dem Rüstungssektor zuschlagen könnte.

EADS beschäftigt weltweit 100.000 Menschen.

Die Besitzverhältnisse sind äußerst fragil und verschachtelt. Nach Konzernangaben befinden sich 34,43 Prozent der Anteile im Streubesitz. 65,57 Prozent hält eine Holding mit Sitz in Amsterdam. Diese Holding wiederum hat drei Eigner: 8,5 Prozent besitzt der spanische Staat (SEPI), 45,75 Prozent DaimlerChrysler und ebenfalls 45,75 Prozent eine französische Zwischenholding. An dieser sind der französische Staat mit 50 Prozent, der Rüstungskonzern Lagardère mit 37 Prozent und französische Investoren mit 13 Prozent beteiligt.

Stolz verweist das Konzernblatt "DaimlerChrysler Aerospace aktuell" in einer Sonderausgabe zur EADS-Gründung auf die Machtverhältnisse im neuen Konzern hin: "DaimlerChrysler wird als größter Einzelaktionär gemeinsam mit Lagardère eine führende Rolle in der EADS spielen." (3.12.99) Der Deutschen Bank als Großaktionärin von DaimlerChrysler wird ein maßgeblicher Einfluss auf den Rüstungs-Riesen nachgesagt.

An der 1999 gegründeten Airbus Military Company, die den künftigen Truppen- und Waffentransporter für die EU-Interventionstruppen A-400M baut, ist die EADS maßgeblich beteiligt.

Der weltweit führende Hubschrauberproduzent (Marktanteil 2002: 47 Prozent) Eurocopter (1992 von DASA und Aerospaciale Matra gegründet) ist eine hundertprozentige Tochter von EADS. Er stellt u.a. den Kampfhubschrauber Tiger und den Transporthubschrauber NH 90 her.

Im Mai 2000 wurde das Raumfahrtunternehmen Astrium, eine weitere hundertprozentige EADS-Tochter, gegründet. Es entstand aus dem französisch-britischen Konzern Matra Marconi Space und der Weltraumsparte von DaimlerChrysler Aerospace. Astrium entwickelt und baut sämtliche aktuell betriebenen europäischen Militärsatelliten. Dazu gehören das französische Spionagesatellitensystem Helios und das britische System Skynet 4. Für den militärischen Kommunikationssatelliten Skynet 5 hat die EADS-Tochter Paradigm Secure Communications im Oktober 2003 vom britischen "Verteidigungs"ministerium den Zuschlag erhalten. Wert des Geschäftes: 3,6 Mrd. Euro. Astrium ist außerdem mit 43 Prozent an Galileo Industries beteiligt, das das europäische Satellitennavigationssystem entwickelt.

EADS Space Transportation entwickelt und baut die neue französische Langstreckenatomrakete M51.

Am zweitgrößten Lenk Waffenproduzenten der Welt MBDA ist die EADS mit 37,5 Prozent beteiligt. Außerdem ist der Konzern der größte Partner beim Bau des Kampfflugzeuges Eurofighter.

EADS und die deutschen Rüstungsgrößen Rheinmetall und KraussMaffei-Wegmann – die versuchen, sich in den USA ein Standbein zu schaffen, um von dort aus den Markt zu erobern – haben dagegen bislang noch keine größeren Erfolge erzielt. Die EADS hat sich jüngst mit Ralph Crosby einen Absolventen der US-Militär-Akademie und ehemaligen Manager des US-Rüstungsriesen Northrop Grumman als Chef für ihre Nordamerika-Niederlassung geholt, um der Firma einen US-amerikanischen Anstrich zu geben.

Seit der Gründung von EADS und British Aerospace Systems gibt es in Europa zwei konkurrierende Zentren der Rüstungsproduktion im Luftwaffen- und Weltraumbereich, die versuchen, weitere europäische Luftfahrt- und Rüstungsunternehmen an sich zu binden. Hochfliegende Pläne, einen europäischen Superkonzern in diesem Bereich zu schaffen, sind damit gescheitert.

Den Zusammenschlüssen vorausgegangen war ein mehrjähriges Hauen und Stechen, bei dem es um die Macht in einer neu geordneten Luft- und Raumfahrtindustrie auf dem Kontinent ging. Im Dezember 1997 hatten die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands ihre nationalen Industrien aufgefordert, sich zu einem europäischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern zusammenzuschließen. In Deutschland waren zu diesem Zeitpunkt praktisch schon alle Firmen der Branche unter dem Dach des Daimler-Benz-Konzerns (DASA) zusammengeschlossen worden. Frankreich und Großbritannien zogen anschließend mit der Konzentration ihrer Industrien nach. British Aerospace übernahm im Januar 1999 den zweitgrößten Rüstungskonzern der Insel, Marconi Electronic Systems. Die so entstandene British Aerospace Systems war, nach den US-Riesen Boeing und Lockheed, der drittgrößte Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern der Welt. Im Juni des gleichen Jahres schlug die DASA zu. Sie übernahm den spanischen Konzern CASA und fusionierte im Oktober mit der französischen Aerospaciale Matra zur European Aeronautic, Defense and Space Company (EADS). Dass das ganze ein hochpolitischer und nicht nur ein ökonomischer Akt war, wurde durch die Teilnahme von Kanzler Schröder und Staatspräsident Chirac an der Gründungsfeier unterstrichen.

Im April 2000 gründete die EADS mit dem italienischen Militärflugzeugproduzenten Alenia die Gemeinschafts-firma Emac. Ein Punktsieg über BAE Systems, die ebenfalls interessiert war. Damit bekam die EADS die Mehrheit am Eurofighter-Programm, bei der die DASA 30 Prozent, CASA 13 Prozent und Alenia 19,5 Prozent der Anteile halten. Die Briten haben 37,5 Prozent.

Am 18. Dezember 2001 verschmolzen die EADS (37,5 %), BAE Systems (37,5 %) und Finmeccanica (25 %) ihre Marschflugkörper- und Lenkraketenproduktion zum weltweit zweitgrößten Lenk Waffenhersteller MBDA (Nummer 1 und 3 sind die US-Konzerne Raytheon und Lockheed Martin). Im Februar 2002 übernahm die MBDA 40 % des neugegründeten spanischen Lenkraketen-Monopolisten INMIZE. MBDA produziert u.a. den Marschflugkörper Storm Shadow für die britische Luftwaffe (Ersteinsatz im Krieg gegen den Irak) und die französische Version Scalp EG. Die Luft-Luft-Lenk Rakete Meteor ist für die Bewaffnung der Kampfflugzeuge Eurofighter und Rafale vorgesehen. Die schiffsgestützte Lenkwaffe Aster ist bereits

auf dem französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle im Einsatz, die bodengestützte Variante SAMP/T wird von der französischen und der italienischen Armee eingesetzt werden. Sie kann laut Hersteller "eine europäische Bodenstreitmacht an jedem Ort der Erde effizient gegen feindliche Flugzeuge und Lenkflugkörper verteidigen". (Planet Aospace 4/2003)

Im Juni 2001 übernahm die EADS 26,8 Prozent des Kapitals des größten finnischen Rüstungs- und Luftfahrtkonzerns, des Staatsunternehmens Patria. Patria wiederum arbeitet seit Jahren mit den Rüstungskonzernen in Schweden, Dänemark und Norwegen eng zusammen.

Im Zuge der politisch protegierten Konzentration der Luftrüstungskonzerne blieben in Europa von ehemals 21 Großkonzernen vier übrig: Neben BAE Systems und EADS sind das Thales (F) und Finmeccanica (I). Bei dieser Gelegenheit wurden gleich 50 Prozent der Beschäftigten auf die Straße gesetzt.

Waffenshow Irak

"Zahlreiche MBDA-Produkte, darunter ASRAAM, ALARM, Storm Shadow, Rapier FSC, Milan und Swingfire, kamen im Irak mit großem Erfolg zum Einsatz. Bei seiner Premiere im Rahmen der Operation Telic lieferte Storm Shadow beeindruckende Ergebnisse. Hochrangige Militärvertreter äußerten sich durchweg zufrieden. Der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon lobte die Fähigkeiten von Storm Shadow: 'Der als neueste Waffe der Royal Air Force erstmals eingesetzte Storm Shadow eröffnet völlig neue Möglichkeiten. Storm Shadow ist eine Präzisionslenkwaffe mit hoher Durchschlagskraft. Sie ermöglicht den Angriff hochwertiger, gut verteidigter Ziele, die bisher nur mit massiver Gewalt zerstört werden konnten.'"

Bericht der "Zeitung für die Mitarbeiter der European Aeronautic Defence and Space Company - forum", Nr. 20, Juli 2003.

Wichtiges Kampffeld ist aktuell die Beteiligung am US-amerikanischen Joint Strike Fighter Projekt. Acht europäische Länder haben sich inzwischen für eine finanzielle Beteiligung an diesem Jagdbomber entschieden, für den Lockheed Martin von der US-Regierung den Zuschlag erhalten hat. Die US-Luftwaffe soll ab 2009 1.763 Flugzeuge dieses Typs erhalten, die Marine 480 und das Marine-Korps 609 Maschinen. Ein wahrhaft gigantisches Geschäft. Auf 30 Jahre verteilt, werden 200 Mrd. Dollar in die Kassen der Hersteller fließen.

Bereits im April 2002 zeigte sich das Europäische Parlament in einer Entschließung "besorgt darüber, dass einige Mitgliedstaaten erhebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung amerikanischer Rüstungsfirmen tätigen wollten". Die europäischen Kritiker verweisen darauf, dass es beim Joint Strike Fighter nicht um gemeinsame Entwicklung geht, sondern lediglich um den Kauf des künftigen US-Fighters.

Großbritannien ist der einzige gleichberechtigte Partner beim US-Fighter-Programm (Beteiligung mit 10 % der Gesamtkosten). Zum Verdross Frankreichs und Deutschlands beteiligen sich aber auch Dänemark, die Niederlande und Norwegen als assoziierte Partner (2-5 %) und Italien als sogenannter informierter Partner (1-2 %).

Im Februar 2003 hat die polnische Regierung unter massivem Druck aus den USA beschlossen, 48 US-Kampfflugzeuge vom Typ F-16 samt Bewaffnung für 3,5 Mrd. Dollar zu kaufen. Bei der EADS geht seither die Angst um,

auch andere osteuropäische Staaten wie Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien könnten ihre Waffen in den USA beschaffen. Befürchtet wird auch, dass Großbritannien seine Eurofighter-Bestellungen zugunsten des Joint Strike Fighters reduzieren könnte.

Panzer made in Germany und U-Boote ohne Konkurrenz

"Ein Kanzler für die Panzer" titelte der 'Tagesspiegel' am 29.10.2000. Zwei Tage zuvor hatten sich der Kanzler und sein "Verteidigungs"minister mit Vertretern der Rüstungsfirmen Babcock Borsig, Diehl, Krauss-Maffei-Wegmann, Rheinmetall und Thyssen Krupp im Kanzleramt getroffen. Es ging um die Perspektiven der deutschen Rüstungsindustrie. Die Bundesregierung verfolgt "gemeinsam mit der deutschen Industrie das Ziel, die Spitzenstellung sowie die Kernkompetenzen und damit die Systemfähigkeit der Unternehmen der Heerestechnik und des Marine-schiffbaus zu erhalten".

Während die Herren aus Berlin versprochen, für Aufträge der Bundeswehr zu sorgen, kündigten die Rüstungsbosse an: "Um den Konsolidierungsprozess im Bereich der Heerestechnik zu fördern, bilden die Unternehmen Krauss-Maffei-Wegmann GmbH & Co. KG, Rheinmetall DeTec AG und Diehl Stiftung & Co eine strategische Allianz. Sie werden auf eine Harmonisierung und Bündelung ihrer technologischen Fähigkeiten hinarbeiten. In ihrem Bemühen um Konsolidierung werden die Unternehmen auch die Möglichkeit einer gegenseitigen Kapitalverflechtung prüfen." Das gleiche versprochen die Marinelieferanten Babcock Borsig und Thyssen Krupp. Staatssekretär Walther Stützel brachte die Ziele sozialdemokratischer Rüstungspolitik anschließend griffig auf den Punkt: "Kernziel ist es, Marine- und Heeresindustrie fit zu machen für einen europäischen Zusammenschluss und für eine Spitzenstellung in diesem Zusammenschluss." (zitiert nach: Tagesspiegel 29.10.2000).

Der Panzerbau wird als strategischer Kernbereich der deutschen Rüstungsindustrie angesehen. Bis vor wenigen Jahren gab es in diesem Rüstungssektor noch fünf Betriebe, die als sogenannte Systemfirmen gelten konnten: Krauss-Maffei (München), KUKA (Augsburg), MaK (Kiel), Thyssen Henschel (Kassel) und Wegmann (Kassel).

Zwischen 1990 und 1995 erwarb der Mannesmann-Konzern rund 97 % der Krauss-Maffei-Anteile. Zum 1. Januar 1997 wurden Henschel und KUKA unter dem Dach der IWKA vereinigt. Anfang Dezember 1997 kündigten Krauss-Maffei und Wegmann die Zusammenführung ihrer Rüstungsbereiche zum größten Panzerkonzern Europas an. Blieben also nur noch drei: KraussMaffei-Wegmann (Mannesmann), MaK (Rheinmetall) und KUKA-Henschel (IWKA).

Ende 1999 kaufte Rheinmetall die Rüstungssparte der IWKA. Bereits im September des gleichen Jahres übernahm der Konzern die schweizer Oerlikon Contraves AG, einen Kanonen- und Lenkwaffenhersteller und im Oktober die niederländische Eurometall, die mittel- und großkalibrige Munition herstellt. Zum Rüstungsbereich des Konzerns gehören außerdem die STN Atlas Bremen (Marinetechnik) und die Mauserwerke in Oberndorf (Maschinenkanonen und Munition).

Mit Rheinmetall ist ein deutscher Rüstungskonzern von europäischen Dimensionen entstanden. Der Bau von leichten und mittleren Panzern ist in Deutschland nun in der Hand eines Konzerns. Dabei ist Rheinmetall bei deutschen Staatsanwälten und Richtern keine unbekannte Adresse. Immer wieder war der Konzern in den letzten Jahrzehnten in kriminelle Waffengeschäfte verwickelt. "In den 80er Jahren lieferten die Rheinmetall-Manager das größte Schiebergeschäft, das jemals in der Bundesrepublik aufgefliegen ist." (Liedtke/Wem gehört die Republik? Frankfurt/M. 1997) Sie lieferten illegal Maschinengewehre nach Saudi-Arabien, Kanonen und Flugabwehrgeschütze für die argentinische Militärjunta und eine Munitionsabfüllanlage an das Rassistenregime in Südafrika.

Hinter Rheinmetall steht der Clan der Familie Röchling. Die Röchlings gehören zu den traditionellen Rüstungsbaronen in Deutschland. Hermann Röchling (1872 – 1955) war als "Herrgott von Völklingen" Chef einer der größten Waffenschmieden des Landes. Er beriet den Kaiser und die Nazis, war im Zweiten Weltkrieg Wehrwirtschaftsführer und wurde 1918 und 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt, was seiner Karriere keinen Abbruch tat. "1956 erwarben die Röchlings mit Unterstützung des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer im Rahmen einer ersten Privatisierungswelle den einstmals führenden Waffenhersteller, die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Akt. Ges. (Rheinmetall), die 1938 von den Nazis verstaatlicht worden war." (Liedtke a.a.O.) Kaiserreich, Weimarer Republik, Faschismus und die Bonner Republik kamen und gingen – die Rüstungsbosse sind auch in der Berliner Republik wieder die gleichen.

Probleme gibt es aus Sicht der Bundesregierung mit dem Kampfpanzerbereich, seit Jahrzehnten eine Domäne deutscher Rüstungsproduktion. Nach der Übernahme von Mannesmann durch die britische Vodafone wurde der Mannesmann-Anteil am Leopard-Hersteller Krauss-Maffei (49 Prozent) bei Siemens-Bosch geparkt. Dort will man die Anteile am führenden Systemhaus für schwere Panzer in Europa aber wieder loswerden. Nachdem der US-amerikanische Konkurrent General Dynamics bereits den spanischen Panzerbauer Santa Bárbara – der den deutschen Kampfpanzer Leopard in Lizenz baut – übernommen hat, fürchtet man in Berlin, die Amerikaner könnten auch Krauss-Maffei unter ihre Kontrolle bringen. Und eine "transatlantische Lösung" wäre ganz und gar nicht "im Sinne der europäischen Politik" (FAZ, 12.5.00). Auch bei Krauss-Maffei fürchtet man das Schlimmste: "General Dynamics hat doch Santa Bárbara nur gekauft, um sich in Europa einrichten zu können."

Die deutschen Panzerbauer behaupten europaweit eine Spitzenposition. Von den insgesamt rund 25.000 Kampfpanzern in Europa im Jahr 2000 hatten die russischen Konstruktionen zwar noch den dicksten Anteil (38,9 %), sie sind aber größtenteils veraltet. Die Länder, die sie gekauft haben gehören inzwischen fast alle zum NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" (PfP) und werden über kurz oder lang Neukäufe in den führenden NATO-Staaten tätigen. Die deutsche Panzerindustrie macht sich gute Hoffnungen, ihren Leopard weiter als "Euro-Standard" durchsetzen zu können.

Die französische Konkurrenz kommt v.a. vom dortigen Marktführer GIAT, einem Staatskonzern. Daneben sind Panzerfirmen noch bei den Automobilkonzernen Peugeot (Panhard & Levassor) und Renault (Renault Véhicules Industriels) angesiedelt. Marktführer in Großbritannien ist die Firma Vickers, die auch den britischen Kampfpanzer Challenger baut. Eine zweites Zentrum ist um die Firma Alvis entstanden. Alvis Vehicles hat 1997 das schwedische Unternehmen Hägglunds übernommen und sich mit dem britischen Panzerbauer GKN zusammengeschlossen. Zwei weitere Panzerproduzenten gehören dem Luftfahrt- und Rüstungsriesen British Aerospace: die Firmen Marconi Marine (Panzerhaubitzen) und Royal Ordnance (Pionierpanzer).

Für Beutezüge der führenden deutschen, französischen und britischen Konzerne gibt es in Europa noch ziemlich viel Gelegenheit. Insgesamt existieren (ohne GUS) noch 37 sogenannte Systemfirmen, die in der Lage sind, Panzerfahrzeuge zu bauen.

Von den drei Großwerften des deutschen Kriegsschiffbaus gehören zwei, nämlich Blohm und Voss in Hamburg und die Nordseewerke Emden zum Thyssenkonzern. Die Kieler HDW gehörte bis 1999 zum Preussag-Konzern. Danach wurde die Werft unter maßgeblicher Beteiligung der Westdeutschen Landesbank an die Deutsche Babcock AG verkauft, die sie im Sommer 2002 an den US-amerikanischen Investor One Equity Partners (OEP) veräußerte. OEP übernahm zunächst 75 Prozent der HDW-Anteile minus einer Aktie, 15 Prozent sollten an Thyssen Krupp gehen. Stattdessen verkaufte Babcock Borsig auch den Rest der Aktien an den US-Konzern, dem gute Verbindungen zur US-Rüstungsindustrie nachgesagt werden. Angeblich will OEP aber nur noch drei bis fünf Jahre bei der HDW engagiert bleiben und in dieser Zeit an einem europäischen Verbund arbeiten. Bundeskanzler Schröder und Frankreichs Staatspräsident Chirac machen sich stark für eine "Marine-EADS". Dazu sollte die HDW mit dem französischen Staatskonzern DCN fusio-

Kampfpanzer in Europa (ohne GUS)			
Russische Konstruktion	Deutsche Konstruktion	US-Konstruktion	Sonstige
9.751 Stück	6.273 Stück	6.001 Stück	3.058 Stück
38,9 % Marktanteil	25,0 % Marktanteil	23,9 % Marktanteil	12,2 % Marktanteil
im Einsatz in:			
Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Finnland, Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern	Belgien, Deutschland, Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei	Dänemark, Griechenland, Österreich, Portugal, Spanien, Türkei	
Quelle: Hanel/Die Panzerindustrie, Bonn 2000			

nieren. Zu einem deutsch-französischen Rüstungskonzern zur See könnten auch die Thyssen Krupp-Werften und der französische Rüstungskonzern Thales stoßen. Kaufabsichten kommen indes auch vom US-Rüstungsgiganten Northrop Grumman. Das große Interesse an HDW erklärt sich aus der bedeutenden Stellung, die der deutsche Kriegsschiffbau, insbesondere der Bau von nicht atomgetriebenen U-Booten, auf dem Weltmarkt einnimmt.

Weltmarktanteile des deutschen Kriegsschiffbaus	
Fregatten	60 Prozent
Minenkampf- und Schnellboote	26 Prozent
U-Boote	58 Prozent
Quelle: Heseler/Voß: Der europäische Marineschiffbau. Entwicklungen und Optionen. Bremen, 2001	

Rüstungsboom nach dem 11. September

Im Dezember 2001 schaltete die EADS eine Serie von Anzeigen unter der Überschrift "Wer in Frieden leben will, sollte sich verteidigen können." Die Rüstungsindustrie witterte Morgenluft. "Seit den Schreckensbildern von New York, den Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, namentlich des Al-Qaida-Netzes, und dem Feldzug gegen die afghanischen Taliban hat sich die Welt von Grund auf geändert", schreibt die Konzernzeitschrift 'Planet Aerospace'. "Die Großen des (europäischen, A.N.) Verteidigungssektors, also BAE Systems als Nummer eins, gefolgt von EADS und Thales auf Platz zwei und Finmeccanica auf Platz drei, werden sich den Erwartungen gewachsen zeigen." Ziel der EADS sei es, "führender europäischer Partner für eine globale Verteidigung zu werden". (Planet Aerospace, Nr. 1/2001)

Für die Rüstungskonzerne ist der sogenannte "Antiterrorkrieg" ein wahrer Segen. "Alle setzen in einem Maße auf militärische Technologien, wie sie es seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht mehr getan haben." (VDI Nachrichten, 20.6.2003)

Nicht nur die US-Konzerne sind optimistisch, auch die EADS sieht im Rüstungsbereich – einschließlich der militärischen Raumfahrt, wie der Leiter der EADS "Strategic Coordination", Jean-Louis Gergorin, ausdrücklich betont – "hervorragende Wachstumsaussichten" (VDI Nachrichten 1.8.2003). Beflügelt vom Kriegsgetöse hat die EADS ihren Rüstungssektor dazu eigens in einem Geschäftsbereich "Defence and Security Systems" neu organisiert. Erwartet wird, dass das Rüstungsgeschäft in den nächsten Jahren auf gut 30 Prozent bei einem Gesamtumsatz von 30 Milliarden Euro wachsen wird. Der Hubschrauberbauer Eurocopter, ein Tochterunternehmen der EADS, rechnet in den nächsten Jahren mit einem "deutlichen Wachstum" (FAZ, 25.10.03). Im zivilen Geschäft will man um 4 Prozent zulegen, im Militärbereich dagegen um 10 Prozent.

Dass diese Prognose durchaus realistisch ist, belegen die wachsenden Rüstungshaushalte in den größten EU-Ländern. Im Herbst 2002 beschloss die französische Regie-

rung eine kräftige Steigerung der Militärausgaben bis zum Jahr 2008. In einem Programmgesetz für diesen Zeitraum wurde festgelegt, dass jährlich 14,6 Mrd. Euro in Beschaffung und Forschung fließen sollen. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll von 1,8 auf 2,3 Prozent gesteigert werden. Auch Großbritannien rüstet auf. Deutschland wird ab 2006 seinen Rüstungsetat um jährlich 800 Millionen Euro aufstocken. Spanien will seine, im Jahr 2001 zur Berufsarmee umgebauten, Streitkräfte in den kommenden 15 Jahren mit 25 Mrd. Euro aufrüsten. 4,2 Milliarden Euro sollen allein in vier Großprojekte investiert werden: Bei EADS wurden 24 Kampfhubschrauber Tiger bestellt, in den USA 212 Panzerfahrzeuge Pizarro. Außerdem sollen vier Unterseeboote und ein Großraumtransportschiff für spanische Interventionstruppen bei landeseigenen Werften gebaut werden. Die EADS profitiert beim Kauf

Die größten Waffenkonzerne Rüstungsumsatz in Millionen US-Dollar

Platz	Firma	Land	Rüstungsumsatz
1	Lockheed Martin	USA	18.610
2	Boeing	USA	16.900
3	BAE Systems	GB	14.400
4	Raytheon	USA	10.100
5	Northrop Grumman	USA	6.660
6	General Dynamics	USA	6.520
7	EADS	D, F, E	5.340
8	Thales	F	5.160
9	Litton	USA	3.950
10	TRW	USA	3.370
13	Finmeccanica	I	2.440
14	Rolls Royce	GB	2.130
17	GKN	GB	1.740
19	DCN	F	1.600
22	Rheinmetall	D	1.460
26	Saab	S	1.210
31	CEA	F	1.050
23	SNECMA	F	970
34	Dassault	F	930
37	SAGEM	F	820
44	Fiat	I	670
45	KraussMaffei-Wegmann	D	660
46	Marconi	GB	640
50	Smiths Industries	GB	530

Unter den 50 größten Rüstungskonzernen der Welt befinden sich 17 aus EU-Europa.

Unter den 100 größten Rüstungskonzernen sind 32 aus den EU-Ländern Großbritannien (GB), Frankreich (F), Deutschland (D), Italien (I), Spanien (E) und Schweden (S), 1 Konzern aus der Türkei und einer aus der Schweiz.

Quelle: SIPRI YEARBOOK 2002, Appendix 7A

von 87 Eurofightern und 25 Militärtransportern A-400M (Militär-Airbus). Dazu kommen 235 Leopard-Panzer und vier Fregatten.

"Bei der Finanzierung zeigen sich die Spanier kreativ" schreibt die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' (17.9.03). Ein großer Teil der Kosten soll nicht aus dem Rüstungshaushalt, sondern aus dem Etat des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie bezahlt werden.

Italien stockte seinen Rüstungshaushalt im Jahre 2002 um 7,1 Prozent auf 18,9 Milliarden Euro auf. Um die künftige italienische Berufsarmee mit High-tech-Ausrüstung und Waffen zu versorgen, hat Rom beschlossen, den Rüstungsetat von 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts auf 2 % im Laufe der nächsten zehn Jahre anzuheben.

Militärausgaben 2001	
EU-Mitglieder	
Belgien	3.592,0 Mio. US-\$
Dänemark	2.826,0 Mio. US-\$
Deutschland	32.371,0 Mio. US-\$
Griechenland	6.577,0 Mio. US-\$
Großbritannien	36.975,0 Mio. US-\$
Frankreich	40.013,0 Mio. US-\$
Finnland	1.631,0 Mio. US-\$
Irland	913,0 Mio. US-\$
Italien	24.731,0 Mio. US-\$
Luxemburg	171,0 Mio. US-\$
Niederlande	7.172,0 Mio. US-\$
Österreich	1.759,0 Mio. US-\$
Portugal	2.553,0 Mio. US-\$
Schweden	5.358,0 Mio. US-\$
Spanien	7.954,0 Mio. US-\$
Gesamt	174.596,0 Mio. US-\$
EU-Beitrittskandidaten	
Bulgarien	361,0 Mio. US-\$
Estland	103,0 Mio. US-\$
Lettland	76,2 Mio. US-\$
Litauen	223,0 Mio. US-\$
Malta	30,4 Mio. US-\$
Polen	3.484,0 Mio. US-\$
Rumänien	888,0 Mio. US-\$
Slowakei	394,0 Mio. US-\$
Slowenien	311,0 Mio. US-\$
Tschechien	1.244,0 Mio. US-\$
Türkei	8.885,0 Mio. US-\$
Ungarn	781,0 Mio. US-\$
Zypern	(für 2000) 324,0 Mio. US-\$
Gesamt	17.104,6 Mio. US-\$
Quelle: SIPRI Yearbook 2002, Appendix 6a, Angaben für das Jahr 2001 in Millionen US-Dollar, konstante Preise und Wechselraten von 1998	

Die italienische Regierung plant ein spezielles Gesetz, um in dieser Dekade weitere 7,5 Mrd. Euro für die Ausrüstung der Truppe ausgeben zu können.

Polen ist dabei, seine Armee völlig umzustrukturieren. Der Rüstungsetat soll bis 2006 mindestens 1,95 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Der Anteil für militärische Beschaffungen soll im gleichen Zeitraum von 8,3 % auf 22 % des Rüstungsetats wachsen.

Die baltischen Länder haben 2002 ihre Rüstungsetats drastisch gesteigert, Estland um 22 %, Lettland um 44 % und Litauen um 21 Prozent.

Auch Bulgarien rüstet auf. 2001 betrug der Militärhaushalt noch 360 Millionen US-Dollar, 2002 waren es bereits 431 Mio. Dollar. (Informationen nach Military Balance 2002/2003)

Großbritannien hat einem britisch-französischen Konsortium aus BAE Systems und Thales den Auftrag zum Bau von zwei Flugzeugträgern erteilt. Auftragswert rund 9,3 Milliarden britische Pfund. Einen dritten, baugleichen Träger soll die französische Marine erhalten. Auch Italien baut einen neuen Flugzeugträger für seine zukünftigen Joint Strike Fighter Kampfflugzeuge. Die Andrea Doria, die 2007 in Dienst gestellt werden soll, ist doppelt so groß wie die Giuseppe Garibaldi, über die die italienische Marine bislang verfügt.

Militarisierung des Weltraums

Geht es nach der EU-Kommission, dann wird die Europäische Union die führende Raumfahrtmacht des 21. Jahrhunderts sein. Um solche ehrgeizigen Ziele zu verwirklichen, muss dringend "frisches Geld" her. Eine bloße Umverteilung von Forschungsgeldern reiche nicht aus. Forschungskommissar Philippe Busquin forderte Anfang November 2003 bei der Vorstellung eines Weißbuches zur europäischen Raumfahrtspolitik eine jährliche Steigerung der Weltrauminvestitionen der EU-Länder – die derzeit 5,4 Mrd. Euro betragen sollen – von 4,6 Prozent. Dabei geht es keineswegs darum, dass die EU mittels Satellitenbeobachtung die letzten Populationen von Berggorillas in den Regenwäldern Ruandas und Ugandas retten will, wie die Weltraumaktivitäten werbewirksam in Szene gesetzt werden. Es geht um knallharten Profit. Allein für den Bereich Satellitennavigation wird bis zum Jahr 2010 mit Umsätzen im Höhe von 100 Milliarden Euro gerechnet.

Und es geht um militärische Ambitionen. Bereits im Jahr 2000 wurde in einem Bericht der sogenannten "Drei Weisen Männer" – Lothar Späth, der Franzose Jean Peyrelevade und Carl Bildt aus Schweden – empfohlen, die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) auch für militärische Aufgaben, zum Beispiel bei der satellitengestützten Aufklärung, einzuspannen.

Am 23. und 24. Juni 2003 wurde von einer gemeinsamen Task Force von EU und ESA ein "Grünbuch" zur Europäischen Raumfahrtspolitik vorgestellt, in dem dazu aufgefordert wird, "die Rolle Europas in der Raumfahrt insgesamt neu zu überdenken. In diesem Zusammenhang erfordert vor allem die rasche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-

litik (ESVP) eine besondere Beachtung." (Das Grünbuch ist nachzulesen unter http://europa.eu.int/comm/space/doc_pdf/greenpaper_de.pdf). Für die Autoren des Berichtes würde "eine Raumfahrtkomponente zur Unterstützung einer schnellen Entscheidungsfindung ... zur Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der GASP beitragen." Für sie gibt es keine Probleme bei der Vermischung ziviler und militärischer Ambitionen und Projekte. Schließlich "haben die Raumfahrttechnologien für zivile und militärische Zwecke zahlreiche gemeinsame Merkmale, die für eine weitgehende Zusammenlegung der Mittel sprechen".

Derzeit gibt es in der EU fünf verschiedene Programme für Satellitenkommunikationssysteme und drei für Spionagesatelliten. Die militärischen Weltraumprogramme liegen in nationaler Hand. Inzwischen versuchen mehrere nationale Stäbe, die gemeinsamen Anforderungen an ein "weltweit einsetzbares europäisches Satellitenbeobachtungssystem für Sicherheits- und Verteidigungszwecke (BOC)" zu definieren. Eine sogenannte GMES-Initiative (Global Monitoring for Environment and Security) zur globalen Erdbeobachtung für Umwelt- und Sicherheitszwecke könnte gemeinsam mit BOC zu einem "europäischen raumgestützten Beobachtungssystem ausgebaut werden, das später auch durch die Geheimdienste und zu Aufklärungszwecken eingesetzt werden kann". (Alle Zitate aus dem Grünbuch)

Die Expertengruppe sieht für eine EU-Grundausrüstung im All über einen Zeitraum von zehn Jahren Investitionen von 800 Millionen Euro pro Jahr für erforderlich an.

Ab März 2005 will die Bundeswehr ihr Radarsatellitensystem SAR-Lupe installieren. Im Abstand von sechs Monaten sollen fünf Satelliten in den Orbit geschossen werden, die "der politischen und militärischen Führung zur Krisenfrüherkennung, Krisenvorsorge und zu wirksamem Krisenmanagement, der obersten militärischen Führung zur Planung und Vorbereitung militärischer Einsätze und den Einsatzkräften zum zeitgerechten Gewinnen aktueller Lageinformationen" (Europäische Sicherheit 9/2003) dienen werden.

Ins All gebracht werden die deutschen Satelliten mit der russischen Trägerrakete "Cosmos". Vertragspartner ist der russische Staatsbetrieb "Rosoboronexport", der auf die Vermarktung von Militärtechnik spezialisiert ist. Eine "verstärkte Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland" im Weltraum wird bereits im "Grünbuch" empfohlen. Im Blick haben die Autoren dabei eine Strategie, die es ermöglichen soll, dem "ständigen Streben der USA nach der Vormachtstellung im Weltraum" (Grünbuch) etwas entgegen setzen zu können. Dabei könnte auch die Ukraine "ein besonderes politisches Interesse auf sich ziehen".

Für die Nutzung der Satellitendaten hat die Bundeswehr in ihrem "Zentrum für Nachrichtenwesen" in Gelsdorf eine Abteilung Satellitengestützte Aufklärung im Kommando Strategische Aufklärung mit 90 Soldaten und zivilen Spezialisten aufgebaut. SAR-Lupe ist zwar ein System der Bundeswehr, konkrete Absprachen über die Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Innenministerium sind aber bereits unter Dach und Fach. (Europäische Sicherheit 9/2003)

Die deutsche und die französische Regierung haben fest vereinbart, ihre nationalen Systeme SAR-Lupe und Helios 2 (Frankreich) zu einem unabhängigen europäischen

Aufklärungsverband zusammen zu führen. Die militärischen Spitzen Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Spaniens und Belgiens haben bereits ein Grundsatzpapier zur Nutzungsweise eines europäischen militärischen Satellitensystems unterzeichnet. Neben den Militärsatelliten sollen auch das Dual-Use-Programm Cosmo Skymed/Pléiades und das deutsche kommerzielle Programm TerraSAR in einen europäischen Verbund einbezogen werden. Gelingt dies, stünde "ein leistungsfähiges Gesamtsystem zur Verfügung, das einen Vergleich mit US-Fähigkeiten nicht mehr scheuen müsste". (ES 9/2003)

Die Europäische Union verfügt über ein eigenes Satellitenzentrum zur Auswertung von Aufklärungsdaten. Seit 1995 hat diese ehemalige WEU-Einrichtung in Torrejon (Spanien) einen Vertrag mit dem staatlichen russischen Rüstungskonzern Roswooruzhenije über die Lieferung russischer Satellitenbilder.

Für den europäischen Rüstungs- und Raumfahrtgiganten EADS gehen die Weltraummilitarisierungspläne der EU viel zu langsam voran. Nach Angaben des Firmenblattes 'Planet AeroSpace' (3/2003) planen die USA in den nächsten zwanzig Jahren 180 Raketenstarts ins All mit militärischer Nutzlast. Jährlich werden dort 32 Mrd. Dollar in die Raumfahrt investiert, die Hälfte davon für militärische Zwecke, während es in Europa nur 6 Mrd. Dollar mit einem nur zehnpromzentigen Militäranteil seien. (Die Militär-Zahlen sind angesichts der Dual-use-Möglichkeiten sicher stark untertrieben).

Die Sicherstellung des Zugangs zum Weltraum gilt den EU-Obersten als strategische Aufgabe ersten Ranges. "Perspektivisch könnte eine erfolgreiche Verhinderung des Weltraumzugangs für einen Staat und seine Volkswirtschaft ähnlich gravierende Folgen haben wie eine Blockade der Seewege." (Vielhaber/Fritsch: Friedensreich Weltraum? In: Die politische Meinung, Oktober 2003, Monatschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung). Deutschland hat deshalb diesen Zugang doppelt abgesichert: Über das Ariane-Programm der ESA und über die Kooperation der deutschen Astrium-Unternehmen mit dem russischen Unternehmen Khronichev.

Von militärischer Relevanz ist auch ein anderer Aspekt der Weltraumnutzung: Die enge Verwandtschaft von Raketen, die zum Satellitentransport eingesetzt werden mit Sprengköpfe tragenden Interkontinentalraketen (ICBM = Intercontinental Ballistic Missiles). Bei den prophezeiten Wachstumsraten des Weltraumgeschäftes und der militärischen Bedeutung des Orbits werden sich über kurz oder lang auch für die Regierenden in Berlin und Brüssel Fragen nach der militärischen Sicherung der stationierten Satellitensysteme stellen.

Mit Galileo gegen GPS

Bereits im Frühjahr 2000 hatte Rüstungsboss Bischoff der Bundesregierung Dampf gemacht und die Forderung formuliert, dass "rasch die politischen Erwartungen, insbesondere hinsichtlich der militärischen Nutzbarkeit" im Bereich Navigationsatelliten geklärt werden (Rede bei der DASA-Bilanzpressekonferenz, 8.3.2000, unter dem Titel "Die DASA ist dort, wo sie hingehört – in der Weltspitze"). Trotzdem wird öffentlich immer noch das Bild von einem rein zivilen System für Satellitennavigation gezeichnet.

"Für das europäische Satelliten-Navigationssystem Galileo sei vorerst keine militärische Nutzung geplant", teilte der Vorstandschef von Galileo Industries, Günter Stamerjohanns, Mitte September 2003 der Presse mit. Dagegen berichtete der 'Spiegel' am 28. Oktober 2003: "Das vorgeblich rein zivile Galileo-Netz liefert zudem Europa mit einem codierten, empfangs- und störungssicheren Navigationssignal den Schlüssel zu militärischer Hightech, über die bislang die Supermacht allein verfügt."

Die Daten, die Satelliten-Navigationssysteme liefern, sind eine wesentliche Voraussetzung für die moderne "netzwerkzentrierte Kriegführung" (network centric warfare), die die US-Militärs gerade im Irak erprobt haben.

Militärische Navigation und die Steuerung sogenannter Präzisionswaffen sind Fähigkeiten, auf die auch die europäischen Eingreiftruppen nicht verzichten wollen. Zwar könnte die EU dazu das US-amerikanische GPS (Global Positioning System) mitnutzen, dann aber wäre man von der US-Führung abhängig, die unter bestimmten Bedingungen den Zugang zu GPS verwehren oder erschweren könnte.

Für den Chef der EADS-Rüstungssparte, Thomas Enders, ist es deshalb "notwendig, auch eine militärische Nutzung von Galileo vorzusehen. Zumal dann, wenn man auf längere Sicht eine eigenständige europäische Verteidigungsfähigkeit will. Galileo muss ein zentrales Schlüsselement unserer militärischen Grundinfrastruktur sein. Es wäre ein schlechter Witz und militärisch wie ökonomisch unsinnig, wenn Galileo nur zivil genutzt würde." (VDI Nachrichten, 1.8.2003).

Für den europäischen Rüstungsriesen EADS ist dies eine Frage künftiger Profite. In den USA hat GPS zur Entwicklung neuer, "intelligenter" Waffen geführt, der sogenannten Joint Direct Attack Munition (JDAM). Das sind Präzisionsbomben mit GPS-Receiver und Steuerungseinheit. Sie sollen wesentlicher "billiger" sein, als die derzeitigen Marschflugkörper (einige zehntausend Dollar gegenüber 800.000 bis 1 Million Dollar). EADS ist bei europäischen Marschflugkörpern bereits gut im Geschäft und möchte natürlich bei weiteren Technologiesprüngen mit verdienen. Laut 'Spiegel' haben sich die künftigen Galileo-Betreiber bei der Internationalen Telekommunikationsunion bereits Frequenzen gesichert, auf denen auch die US-Militärs senden. So soll verhindert werden, dass das Pentagon Galileo stören kann, ohne sich selber zu schaden.

Am 1. November 2003 unterzeichneten die EU und die Volksrepublik China ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei Galileo. China will sich mit 200 Millionen Euro am europäischen Satellitennavigationssystem beteiligen. Zum EU-China-Gipfel in Peking reisten nicht nur der amtierende EU-Ratspräsident Silvio Berlusconi – der nach 'Spiegel'-Informationen die Kooperation noch in letzter Minute und in US-amerikanischem Auftrag zu torpedieren suchte – und Kommissionspräsident Romani Prodi an, sondern auch "Mr. GASP", der EU-Chefaußenpolitiker Javier Solana. Ein schwerer Schlag für die USA. Ist die EU doch nicht nur dabei, ihr Monopol im Bereich der profitträchtigen und militärstrategisch bedeutsamen Satellitennavigation zu knacken – sie tut sich dabei auch noch mit dem ausgemachten strategischen US-Rivalen der Zukunft zusammen. Angeblich sind auch Russland, Indien, Japan und Israel an einer Beteiligung bei Galileo interessiert.

Atommacht EU?

Am 11. Mai 1995 wurde der Atomwaffensperrvertrag in New York für unbegrenzte Zeit verlängert. In seinem Schlussdokument verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten zu "äußerster Zurückhaltung" bei der Durchführung von Atomtests. Im selben Monat wurde Jacques Chirac zum neuen französischen Präsidenten gewählt. Einen Monat später kündigte er die Wiederaufnahme der seit 1992 eingestellten Atomtests auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik an. Am 6. September 1995 wurde die erste Atombombe gezündet. Frankreich hatte in der Vergangenheit 204 Atomtests durchgeführt (davon 159 unterirdische) – fünfmal so viele wie China oder Großbritannien. Die Tests dienten offenbar dazu, kleinere, zielgenauere Sprengköpfe für die auf U-Booten stationierten strategischen Raketen und die luftgestützte "Abstandswaffe" ASLP zu testen. Frankreich hat damit einem qualitativen Rüstungswettlauf einen weiteren Schub verliehen, der in Richtung miniaturisierter Atomwaffen geht, die gegen unterirdische Bunker eingesetzt werden sollen.

Wenn die französischen Tests, wovon Fachleute ausgehen, der Gewinnung von Daten für Miniatursprengköpfe dienen, dann ist das auch der Beleg für eine neue Atomstrategie, die nicht mehr der Abschreckung eines möglichen Gegners dient, sondern den Krieg mit Atomwaffen wieder führbar machen soll.

Interessant sind auch die Begleitumstände der französischen Atomwaffentests vom Herbst 1995. Die Pariser Regierung hatte nämlich nach Meinung von Experten gegen den EURATOM-Vertrag verstoßen, weil sie keine vorherige Zustimmung der Brüsseler EU-Kommission eingeholt hatte. Dennoch machte die Kommission keine Anstalten, um Frankreich von seinem Vorhaben abzubringen oder nachträglich zu sanktionieren. Offensichtlich gab es eine stillschweigende Kumpanei zwischen Frankreich und der EU.

Als Frankreich wegen der Tests immer stärker unter internationalen Druck kam, legten Pariser Politiker verschiedene Angebote zur "Europäisierung" der Atomwaffen vor. Anfang September sprach Parlamentspräsident Séguin von der Möglichkeit eines Zweischlüsselsystems, über das mit den Eurokorps-Staaten Belgien, Deutschland und Spanien gesprochen werden sollte. Und Premierminister Juppé bot Deutschland einen gemeinsamen "atomaren Schutzschirm" an.

Auch die Kohl-Regierung in Bonn fand kein Wort der Kritik am Verhalten Frankreichs. Stattdessen freute man sich in der Bundeshauptstadt, "dass die französische Atomwaffe bald der europäischen Verteidigung dienen wird". (Die Woche, 1.9.95) Im gleichen Jahr reiste der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger (seinerzeit "abrüstungspolitisch" Sprecher seiner Fraktion) durch Frankreich und besichtigte militärische Atomanlagen. Er gewann den Eindruck, dass die Franzosen zwar von der Europäisierung ihrer Atomwaffen reden, "gedacht wird aber vorrangig an die Deutschen". (Die Woche, 1.9.95)

Nach einer Entscheidung des Präsidenten Jacques Chirac vom Februar 1996 wurden die landgestützten Atomwaffen inzwischen aus dem Verkehr gezogen. Die 18 Raketen, die auf dem Plateau d'Albion stationiert waren, wurden deaktiviert und die Abschussrampen und Basen abmontiert. Außerdem hat Frankreich im Jahr 1992 die Pro-

duktion von Waffenplutonium und 1996 von waffenfähigem Uran (HEU) gestoppt. Dennoch verfügt Frankreich laut SIPRI Yearbook 2002 über ein Arsenal von 348 Atomsprengköpfen. Und die Modernisierung der Atomstreitmacht ist in vollem Gange: Dazu gehören der Bau von zwei weiteren U-Booten der Triomphant-Klasse, die M51-Rakete (SLBM = Submarine Launched Ballistic Missile) mit einem neuen Gefechtskopf, Marschflugkörper vom Typ ASMP-A und das Kampfflugzeug Rafale als Atomwaffenträger.

Die Luftwaffe unterhält drei Staffeln mit 60 Mirage 2000N (= Nuclear) für den Atomwaffeneinsatz. Sie sollen voraussichtlich durch die Rafale (B-301) ersetzt werden, die künftig bei Luftwaffe und Marine fliegen wird. Die Marine-Version (Rafale M) war an Bord des französischen Flugzeugträgers Charles de Gaulle, der zur Unterstützung des US-Krieges gegen Afghanistan im Frühjahr 2002 aufmarschiert war.

Im Dezember 2000 wurde dem Rüstungskonzern EADS ein Auftrag zur Verlängerung der Reichweite der ASMP-Marschflugkörper erteilt. Die neue Rakete soll 500 statt bisher 300 Kilometer weit fliegen und 2007 als Bewaffnung der Mirage 2000N (ab 2008 der Rafale) zur Verfügung stehen. Auftragswert 117,5 Millionen Dollar.

Der französischen Marine unterstehen derzeit vier U-Boote für den Atomwaffeneinsatz, von denen eines oder zwei ständig auf See sind. Die zwei Boote der neueren Triomphant-Klasse sind mit jeweils 16 Raketen (SLBM) vom Typ M45 ausgerüstet, die wiederum sechs Sprengköpfe TN-75 tragen, ein Typ, der vermutlich 1995 im Mururoa-Atoll getestet wurde. Zwei weitere Boote der Triomphant-Klasse sollen 2004 und 2010 in Dienst gestellt werden.

Eine neue Rakete (SLBM) M51 soll ab 2010 die älteren Typen M45 und M4 ersetzen. Sie soll sechs atomare Sprengköpfe 6.000–8.000 Kilometer weit tragen können. Entwickelt und gebaut wird die neue Waffe natürlich vom europäischen Rüstungsriesen EADS.

Im Rüstungsprogramm 2003–2008 sind 17 Milliarden Euro allein für die Modernisierung der Atomstreitmacht vorgesehen (FR, 28.10.2003).

Frankreich versteht sein Atompotenzial längst nicht mehr als Abschreckungswaffe gegen Angriffe auf französisches Territorium. Die Atomwaffen sollen es Frankreich auch "ermöglichen, den Bedrohungen seitens regionaler Mächte, die über Massenvernichtungswaffen verfügen und unsere vitalen Interessen gefährden könnten, standzuhalten", wie Präsident Jacques Chirac in einer Grundsatzzrede vor dem Institut für nationale Verteidigung (IHEDN) am 8. Juni 2001 in Paris betonte. (<http://www.ambafrance-de.org/aktuellprog/50pdf.pdf>). Chirac stellt in der erwähnten Rede auch klar, dass eine europäische Militärpolitik keinen Verzicht auf Atomwaffen beinhaltet. "Auf der Grundlage des Rechts und auf der Basis einer mobileren, kollektiveren und europäischeren Verteidigung wird unsere Sicherheit jetzt und in der Zukunft vor allem durch das nukleare Abschreckungspotenzial gewährleistet. Das hat heute Gültigkeit und wird morgen um so mehr Gültigkeit haben."

Die Drohungen, die in dieser Rede enthalten sind, erinnern an Bush-Reden und schließen auch die Option eines atomaren Erstschlages zumindest nicht ausdrücklich aus, wenn Chirac betont, "dass einige Staaten ballistische Kapazitäten entwickeln, die ihnen die Mittel an die Hand

geben könnten, eines Tages Europa mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen zu bedrohen. Würden sie uns gegenüber feindliche Absichten verfolgen, dann müssten die Verantwortungsträger dieser Staaten wissen, dass sie sich Schädigungen aussetzen würden, die für sie absolut inakzeptabel wären. Und in diesem Falle ginge es bei der Entscheidung nicht darum, ein Land vollständig zu vernichten oder untätig zu bleiben (...) Auf jeden Fall ist es Aufgabe des Staatspräsidenten, zu bewerten, inwieweit gegebenenfalls unseren vitalen Interessen Schaden zugefügt würde. (...) Ich möchte zuletzt daran erinnern, dass unsere Auffassung der Abschreckung nicht die Kapazitäten ausschließt, einem eventuellen Gegner gegebenenfalls deutlich zu machen, dass unsere vitalen Interessen gefährdet sind und dass wir entschlossen sind, diese zu retten." Für Chirac sind deshalb die Modernisierung der Atomstreitmacht zur See und in der Luft und der Aufbau eines Simulationsprogrammes, das den Ausstieg aus Atomversuchen ermöglichen soll, "die Hauptziele des nächsten militärischen Planungsgesetzes".

Am 27.10.2003 veröffentlichte die französische Zeitung Libération einen Bericht, in dem für 2004 ein neues Dokument zur Atomwaffenstrategie angekündigt wird. Danach sollen französische Atomwaffen "auch gegen jene Staaten gerichtet sein, die in der Lage seien, mit chemischen oder biologischen Waffen das französische Territorium zu bedrohen". (FR, 28.10.2003) Offenbar arbeitet Paris auch an der Entwicklung sogenannter "Mini-Nukes", Atomwaffen, die gegen verbunkerte Ziele eingesetzt werden sollen. In der US-amerikanischen Atomkriegsstrategie "Nuclear Posture Review" sind diese Waffen für Erstschlagsoptionen vorgesehen (pre-emptive strike). Augenscheinlich denkt man in Paris in die gleiche Richtung. Die französische "Verteidigungs"ministerin Michèle Alliot-Marie hatte jüngst erklärt, es sei nicht glaubwürdig genug, im Konfliktfall mit dem großen Atomschlag und dem atomaren Zerschmelzen von 30 Millionen Menschen zu drohen. Wirkungsvoller sei es, "ein Blockhaus zum Ziel zu nehmen und eine Atomladung in seinem Inneren explodieren zu lassen". Laut Libération ist die Veränderung der französischen Atomwaffenstrategie schon seit längerem im Gange. Aber erst im Jahr 2004 soll die neue Doktrin auch offiziell bekannt gegeben werden. Auch auf diesem Gebiet findet man im "alten Europa" also Anschluss an die US-Strategie.

Wieweit Frankreich bereit sein wird, seine Atomwaffen zu "europäisieren", wird die Zukunft zeigen. Auch, welche Auswirkungen eine solche Entwicklung auf den Atomwaffensperrvertrag haben wird. Zum Einen erlaubt der Vertrag Frankreich nicht, seine Atomwaffen an andere "weiterzugeben" oder die Kontrolle über sie mit anderen zu teilen. Zum Zweiten ist die EU nicht Vertragsunterzeichner und zum Dritten war der deutsche Atomwaffenverzicht immer mit einem europäischen Hintertürchen versehen. Die italienische Zeitung La Repubblica kommentierte jedenfalls Ende Oktober 2003: "Frankreich und Deutschland scheinen entschlossen, den Weg einer immer engeren politisch-militärischen Zusammenarbeit fortzusetzen, in der Paris zweifellos die führende Rolle spielt, aber bei der am Ende der ständige Sitz Frankreichs im UN-Sicherheitsrat und die (französische) Atommacht auf dem Spiel stehen werden." (zitiert nach TAZ vom 20.10.2003).

Die zweite europäische Atommacht, Großbritannien, dürfte dagegen für solche Pläne auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen. Die britischen Atomwaffen sind unter US-amerikanischer Kontrolle in der Kings Bay U-Boot-Basis in Georgia eingelagert.

Großbritannien verfügt über rund 185 atomare Gefechtsköpfe und eine Flotte von vier atomgetriebenen Unterseebooten, die mit diesen Waffen bestückt sind. Die vier Boote der Vanguard-Klasse liefen zwischen 1994 und 1998 vom Stapel. Die Kosten dieses Waffenprogramms betragen rund 18,8 Mrd. Dollar. Jedes der vier Schiffe ist standardmäßig mit 16 SLBM vom US-amerikanischen Typ Trident II (D-5) ausgerüstet, die wiederum einen bis drei Gefechtsköpfe tragen. Die Raketen haben eine Reichweite von bis zu 10.000 Kilometern.

Im Juli 1998 hat die Labour-Regierung die Einsatzkriterien der Atomflotte in einem Strategiepapier (Strategic Defence Review) formuliert. Danach soll ständig ein U-Boot auf Patrouillenfahrt sein, in einem sogenannten "reduzierten Alarmzustand" – bestückt mit 48 atomaren Sprengköpfen. Dass auch Großbritannien Atomwaffen nicht nur als letzte Option der Landesverteidigung sieht, wurde der Öffentlichkeit im Frühjahr 2002 klar, als der britische "Verteidigungs"minister Hoon dem Irak und anderen "kritischen Staaten" mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte.

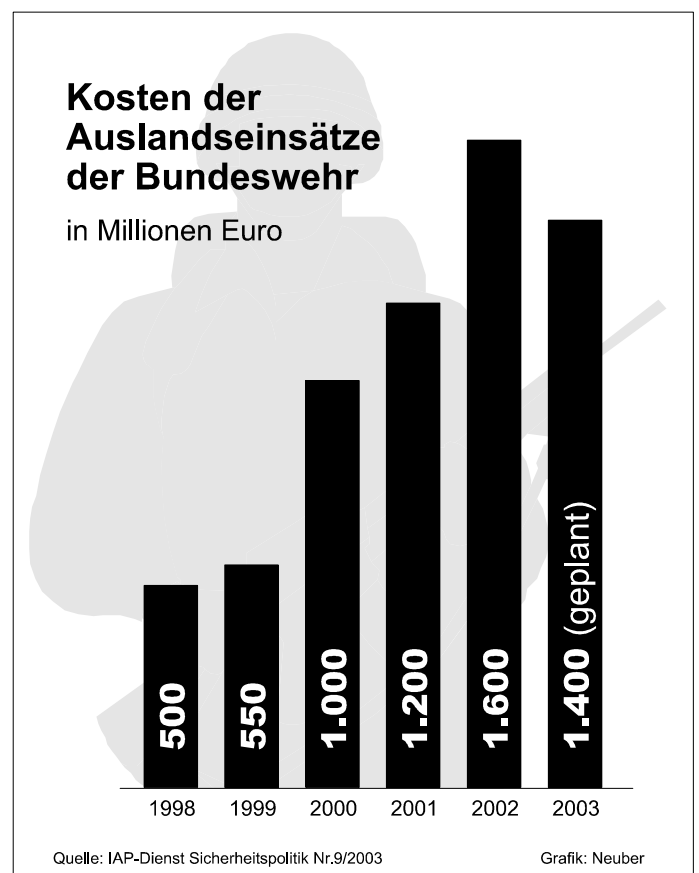
So unterschiedlich britische und französische Positionen in vielen Fragen zu sein scheinen oder tatsächlich sind, so eng arbeiten beide Länder doch immer wieder militärisch zusammen. Das betrifft auch die Atomwaffen. Seit November 1992 stimmen sich Paris und London in einer "Französisch-britischen Kommission für Nukleare Politik und Grundsatzfragen" über ihre Atomwaffendoktrinen ab. Nach britischen Presseberichten sollen auch deutsche Vertreter an den Gesprächen teilnehmen (siehe www.bits-berlin.de/public/articles/ff0596.htm).

Schneller, weiter, Hindukusch

Der Umbau der Bundeswehr zur weltweit operierenden Eingreiftruppe wurde unter dem CDU-"Verteidigungs"minister Volker Rühe in Gang gebracht. Sein sozialdemokratischer Nachfolger Rudolf Scharping drückte kräftig aufs Umbautempo und schickte die Bundeswehr im Frühjahr 1999 in den Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Das beeindruckte sogar die politische Konkurrenz vom rechten Flügel. Der Leitartikler der in militaristischen Angelegenheiten besonders eifrigen Tageszeitung 'Die Welt' schrieb Scharpings Nachfolger Peter Struck im Frühjahr 2003 ins Stammbuch: "Die rot-grüne Bundesregierung hat der Bundeswehr die bisher tiefgreifendsten Veränderungen verordnet, hat sie in den Krieg geführt. Das war notwendig. Blicke sie mut- und verantwortungslos auf halber Strecke stecken, wäre weder der Bundeswehr noch Deutschland, geschweige denn Europa gedient." ("Bundeswehr als Machtfaktor", Die Welt, 28.3.2003)

Nach Struckschem Maß führt die andere Hälfte der Strecke die Bundeswehr mindestens bis Afghanistan. Schon am 5. Dezember 2002 hatte er im Bundestag den Verteidigungsbegriff auf den Kommisskopf gestellt. "Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch ver-

teidigt", heißt das Credo des Kriegsministers. Dass die Regierung aus SPD und Bündnisgrünen die Bundeswehr inzwischen zur globalen Einsatztruppe gemacht hat, vermeldet Struck mit Stolz. Deutschland "ist weltweit nach den USA der größte Truppensteller für internationale Einsätze – deutlich vor England und Frankreich". (Peter Struck in: Europäische Sicherheit 1/2003). Die Kosten für Auslandseinsätze haben sich mit dem Wechsel von Kohl zu Schröder mehr als verachtfacht. "Noch 1998 wurden nur 178 Millionen Euro hierfür aufgewendet, im Jahr 2002 werden es bereits ca. 1,5 Milliarden Euro sein (...) Als diese Bundesregierung im September 1998 Verantwortung übernahm, war die Bundeswehr mit rund 2.800 Soldaten lediglich in Bosnien-Herzegowina und in Georgien engagiert, um den Frieden zu sichern. Heute sind rund 10.000 Soldaten in multinationalen Einsätzen engagiert." (ebenda).



In den vergangenen Monaten kreuzte die Bundesmarine vor Ostafrika und rund um die arabische Halbinsel, fuhr Geleitschutz für Öltanker und für US-Kriegsschiffe im Einsatz gegen den Irak. Die Luftwaffe hat einen Stützpunkt in Zentralasien (Usbekistan) eingerichtet und setzt sich offenbar dort langfristig fest. Das Kommando Spezialkräfte war in Kampfeinsätzen in Afghanistan, über die bislang so gut wie nichts bekannt wurde. Möglicherweise wurden dort Gefangene gemacht, die völkerrechtswidrig von der US-Armee in Guantanamo eingepfercht wurden oder es ging gar nach dem Prinzip zu "Gefangene werden nicht gemacht". Die Bundeswehr unterstützte die französischen Truppen beim ersten EU-Einsatz ohne NATO-Unterstützung im Kongo durch bis zu 350 Soldaten, die in Uganda stationiert waren. Am 24.10.2003

genehmigte der Bundestag den Einsatz von 450 Soldaten in der afghanischen Provinzhauptstadt Kunduz. Schon bislang sind rund 1.700 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert. Und über ein Ende der verschiedenen Einsätze auf dem Balkan wird überhaupt nicht mehr gesprochen.

Am 14. November 2003 wurde der Einsatz der Bundeswehr im sogenannten "Antiterrorkrieg" (Operation Enduring Freedom), der bereits seit dem 16.11.2001 dauert, zum zweiten Mal für ein Jahr verlängert. Bis November 2004 kann die Bundesregierung bis zu 3.100 Soldaten in den Einsatz schicken, für den die NATO immer noch den Beistandsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages aktiviert hat. Wann er jemals endet und wie er überhaupt beendet werden kann (wenn der letzte "Terrorist" "zur Strecke gebracht" ist?), ist unklarer denn je.

Unter der Flagge des Kampfes gegen "den Terrorismus" wurden militärkritische Stimmen auch in Deutschland in den Hintergrund gedrängt. Es gelang, mit den Worten von Bundeskanzler Schröder, die "Enttabuisierung des Militärischen". Der weitere Weg des deutschen Militarismus führt über Europa. "Deutsche Sicherheitspolitik gewinnt im vereinten Europa zusätzliche Handlungsoptionen", heißt es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR, Ziffer 29), die Struck am 21. Mai 2003 "für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung" erlassen hat.

Die neuen Richtlinien sorgen sich um die Interessen des weltweit agierenden deutschen Kapitals. "Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln zusätzlich verwundbar." (Ziffer 27) "Die Globalisierung", heißt es in Ziffer 40, "macht ein voll handlungsfähiges Europa erforderlich." Gemeint ist ein militärisch einsatzbereites EUropa.

Globalisierung ist "weder friedensfördernd noch konfliktbegrenzend" macht der ehemalige Referent für Sicherheitspolitik im Planungsstab des "Verteidigungs"ministeriums, Holger H. Mey, klar. Mey leitet heute das einflussreiche Institut für strategische Analysen e.V. in Bonn. Sein Buch "Deutsche Sicherheitspolitik 2030" ist im Jahr 2001 im bundeswehrrahmen Report-Verlag erschienen. "Wechselseitige Abhängigkeiten", heißt es dort weiter, "erhöhen Interventionserfordernisse, wenn ein Land als Lieferant wichtiger Produkte aufgrund regionaler oder lokaler Krisen ausfällt. Vernetzung bedeutet nicht weniger, sondern mehr Intervention. (...) Werden Staaten nicht dazu in der Lage sein, ihre Bürger und Geschäftsleute im Ausland sowie die internationalen Verkehrswege zu schützen, so werden multinationale Konzerne, Firmenkonsortien und internationale Kartelle diese Aufgaben übernehmen."

Strucks Richtlinien kennen für Militäreinsätze keine Schranken mehr.

"Künftige Einsätze (der Bundeswehr, A.N.) lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Dauer und Art eines Einsatzes. Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen

kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen." (Ziffer 57)

Dabei orientieren die VPR "mit Ausnahme von Evakuierungs- und Rettungsoperationen" auf Militär-Einsätze, die "gemeinsam mit Verbündeten und Partnern im Rahmen von VN, NATO und EU stattfinden". (Ziffer 11)

Dass das andere Optionen nicht ausschließt, wurde anlässlich des Kongo-Einsatzes deutlich. "Ich verhehle hier nicht", erklärte Außenminister Fischer in seiner Rede am 18. Juni 2003 im Bundestag, "dass wir uns nicht ganz sicher waren, ob es ein ESVP-Einsatz sein sollte oder eher eine 'coalition of the willing'. Die Bundesregierung wäre auch bereit gewesen, eine Koalition der Willigen zu unterstützen." (Redetext laut www.auswaertiges-amt.de)

Strucks Richtlinien dokumentiert setzt auf verstärkte Militarisierung der Europäischen Union.

Für die "politische Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit" der EU ist es laut VPR "unabdingbar, dass sie umfassend in allen Politikbereichen handlungsfähig wird. Krisen, die Europa berühren, muss die EU mit einer breiten Palette ziviler und militärischer Fähigkeiten begegnen können. Die ESVP (= Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, A.N.) ist daher ein entscheidender Schritt zur Vertiefung der Integration und zur Erweiterung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas". Strucks Ziel "ist die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion als Teil einer voll entwickelten Politischen Union". (Ziffer 50)

Das Papier des "Verteidigungs"ministers sieht Deutschland dabei als den entscheidenden Akteur: "Deutschland hat in den vergangenen Jahren bei den Beschlüssen der EU zur Ausgestaltung der ESVP eine Schlüsselrolle gespielt. Die Umsetzung der europäischen Streitkräfteziele und die Beseitigung erkannter Fähigkeitsdefizite im nationalen und europäischen Rahmen sowie die Bereitstellung der angezeigten militärischen Fähigkeiten und Mittel sind Maßstab dafür, wie Deutschland und seine Partner ihre Verantwortung im Rahmen der EU wahrnehmen." (Ziffer 51)

Die militärischen Vorhaben der NATO werden dagegen deutlich kühler gewertet: "Die NATO sieht den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe und Maßnahmen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zum Schutz gegen Massenvernichtungswaffen und ballistische Flugkörper und zur Verteidigung gegen den Terrorismus vor. Die Bundeswehr wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an diesen Vorhaben beteiligen." (Ziffer 49)

Der Streit zwischen den Interventionstruppen von NATO und EU (siehe Kapitel "Wer zuerst kommt, schießt zuerst") wird mit einem sowohl-als-auch beantwortet. "Die Kompatibilität (der schnellen NATO-Eingreiftruppe, A.N.) mit dem Aufbau von Fähigkeiten im Rahmen der ESVP wird sichergestellt", heißt es in Ziffer 49 knapp. Und Ziffer 52 postuliert ebenso kurz: "Die Kräfte, die der NATO und der EU angezeigt werden, stehen beiden Organisationen zur Verfügung." Zum Konflikt zwischen NATO und EU zu dieser Frage schweigt sich das Papier aus.

Dass die Bundeswehr ein Instrument der Machtpolitik ist, daran lässt das Dokument keinen Zweifel. Danach stellt "Deutschland in angemessenem Umfang Streitkräfte be-

reit, die schnell und wirksam (...) eingesetzt werden können" um "seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren". (Ziffer 72)

Zur Sicherung eigener Interessen drängt Deutschland nicht nur zu einer "effizienteren europäischen Rüstungs-kooperationspolitik" und zum Aufbau einer "Europäi-schen Rüstungsagentur" (Ziffer 68), sondern wird "eine leistungs- und wettbewerbsfähige industrielle Basis in technologischen Kernbereichen aufrechterhalten, um auf die Entwicklung entscheidender Waffensysteme Einfluss nehmen zu können (...) Der industrielle Zusammen-schluss nationaler Rüstungskapazitäten wird unverändert eine wichtige Rolle spielen". (Ziffer 69)

Im Vorfeld des Erlasses der VPR gab es eine Debatte in den Bundeswehrspitzen über die sogenannte "Präventiv-kriegsstrategie", wie sie die USA in ihren militärischen Strategiedokumenten verankert hat.

Formulierungen dazu aus Entwürfen, wurden im Erlass-Text abgeschwächt. Dennoch ist die Linie klar. So wird in Ziffer 10 "eine auf Vorbeugung (...) zielende Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die das gesamte Spektrum sicherheitspolitisch relevanter Instrumente (...) umfasst" gefordert. In einem Entwurf hatte es laut 'Welt' vom 20.5.2003 noch geheißen, dass "zur politischen Krisen-vorsorge komplementäre militärische Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung frühzeitig notwendig werden" können.

In einer vom "Verteidigungs"ministerium in Auftrag ge-genen Zuarbeit zu den VPR, hatte das Waldbröler "Zen-trum für Analysen und Studien der Bundeswehr" im Sep-tember des letzten Jahres empfohlen "insbesondere der-artige Fähigkeiten der Bundeswehr zu untersuchen und gegebenenfalls anzustreben, die zur Abwehr von Bedro-hungen bis in deren Herkunftsräume wirken können. Darüber hinaus sollte in diesem Zusammenhang – ange-sichts möglicher Risiken des Einsatzes von Massenver-nichtungsmitteln oder der Herbeiführung von Katastrophen mit vergleichbarem Ausmaß – über das Problem präventiver, auch militärischer Optionen entschieden werden."

Zu Jahresbeginn staunte die FAZ, wie offen sich der oberste Soldat der Bundeswehr, Generalinspekteur Schneiderhahn, zu Angriffskriegen äußerte. "Was er an-deutet, kommt einer Revolution gleich", schreibt die Zei-tung in ihrer Ausgabe vom 23.1.2003. Der General fragt, "ob es richtig sein kann, nicht abzuwarten, ob man von einem anderen angegriffen wird, sondern sich gegen diese mögliche Gefahr vorausseilend zu schützen und selbst die Initiative zu ergreifen."

Wenn die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" sich der-zeit noch nicht offen zum Prinzip "Angriff ist die beste Verteidigung" bekennen, hat das offenbar mit Rücksicht-nahmen auf den Stand des öffentlichen Bewusstseins in Deutschland zu tun. Noch im Sommer 2003 hatten Um-fragen signalisiert, dass es in der Bevölkerung für inter-ventionistische Militärstrategien keine Mehrheiten gibt. Bei einer Infratest-Umfrage im Juni wurde die Frage ge-stellt: "Die EU will künftig Staaten, die sich an der Ver-breitung von Massenvernichtungswaffen beteiligen, als letztes Mittel auch mit militärischer Gewalt drohen. Was halten Sie von dieser Strategie?" Darauf antworteten 80 Prozent der Befragten: "Lehne ich ab". (Der Spiegel, 23.6.2003)

Was nicht ist, kann ja noch werden. Vorsorglich wird in den amtlichen Erläuterungen zu den VPR angekündigt, dass die Richtlinien nicht mehr so langlebig wie früher sein sollen, sondern "angesichts der Dynamik der sicherheitspolitischen Entwicklungen regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden." Die Salamtaktik geht also weiter.

Seit Monaten arbeitet die Berliner Regierung an einem Turbogesetz, mit dem das Verfahren zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr beschleunigt werden kann. Was öffentlich als "Parlamentsbeteiligungsgesetz" verkauft wird, ist allerdings das glatte Gegenteil. Der Bundestag soll seiner Rechte bei der Entscheidung über Militärein-sätze beraubt werden. Am liebsten hätte man wohl eine Regelung, bei der die Regierung die Beschlüsse fasst und das Parlament lediglich im Nachhinein informiert, mögli-cherweise gekoppelt mit einem "Rückholrecht" des Parla-mentes, wenn die Truppe längst im Fronteinsatz ist. Weil bei allzu offensivem Vorstoßen mit Widerstand in der Öffentlichkeit und bei einzelnen Abgeordneten zu rech-nen ist, wird auch hier die Taktik "zwei Schritte vor und einer zurück" angewandt.

Anfang Oktober 2003 nutzte Peter Struck die Ein-satzübung der NATO-Eingreiftruppe NRF als Kulisse, um seinen Vorschlag für ein "spezielleres Gremium" zu plat-zieren, das künftig über Bundeswehreinsätze z.B. im Rahmen der NRF entscheiden solle. Dieses Gremium könnte nach Strucks Auffassung aus Mitgliedern des Außen-, Verteidigungs- und Haushaltsausschusses des Bundestages gebildet werden. Die Reaktion zu Hause lie-ferte die Möglichkeit, die Kräfteverhältnisse auszuloten. Zustimmung kam vom parlamentarischen Geschäftsfüh-rer der FDP, Jörg van Essen, der eine alte FDP-Forderung nach einem "Entsendegesetz" verwirklicht sah, und von seinem bündnisgrünen Bruder im Geiste, Volker Beck. Beck will das Parlament nicht mit "Minimissionen" behel-ligen, sieht aber keinen Bedarf für ein neues Gremium, sondern hält den Auswärtigen Ausschuss für die geig-ne Runde. Widerspruch regte sich dagegen beim vertei-digungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Ar-nold, und bei der bündnisgrünen Parteichefin Angelika Beer. Am 31. Oktober 2003 veröffentlichte die Frankfur-ter Rundschau einen Gesetzentwurf (nachzulesen unter www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Bundeswehr/gesetz.html) einer Gruppe von SPD-Abgeordneten, hinter den sich nach Aussage der Zeitung auch die Fraktionsfüh-rung gestellt hat.

Der Entwurf sieht die Einschränkung der Parlamentsrech-te durch Etablierung eines "vereinfachten Zustimmungs-verfahrens" für Bundeswehreinsätze von "geringer Be-deutung" vor. Darunter sollen der Einsatz von "Erkun-dungskommandos", der Einsatz einzelner Soldaten, "die auf Grund von Austauschvereinbarungen Dienst in ver-bündeten Streitkräften leisten" und der Einsatz einzelner Soldaten, die im Rahmen von Operationen "der VN, der NATO, der EU oder einer Organisation, die einen VN-Auf-trag erfüllt" eingesetzt werden, fallen. Von angeblich ge-ringer Bedeutung soll auch die Verlängerung von Bun-deswehreinsätzen "ohne wesentliche inhaltliche Ände-rung" sein.

Das vereinfachte Zustimmungsverfahren sieht so aus, dass einem schriftlich verteilten Antrag der Regierung innerhalb von sieben Tagen eine Fraktion oder fünf Pro-zent aller Bundestagsabgeordneten widersprechen müs-

sen. Geschieht das nicht, ist der Antrag genehmigt. Überhaupt nicht befasst werden soll das Parlament mit "Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen". Bei "Gefahr im Verzug" wird das Parlament ohnehin nicht zu einer Regierungsentscheidung befragt. Auch die Einsätze der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte finden geheim statt.

Nach diesem Gesetzentwurf dürften Einsätze von Bundeswehrosoldaten in AWACS-Flugzeugen, die nicht nur der Überwachung von Einsatzgebieten, sondern auch der Steuerung von Lenkraketen dienen können, nicht mehr im Bundestag diskutiert werden. Ebenso nicht die Entsendung eines Erkundungsteams in weitere afghanische Städte. Möglicherweise auch nicht Einsätze wie in Uganda, bei denen lediglich größere Operationen französischer Militärs unter EU-Flagge unterstützt wurden. Oder die Einrichtung eines Flugplatzes in Zentralasien, von dem aus irgendwann einmal Militärmaschinen zu Einsätzen in Nachbarländern starten.

Nicht zur Befassung im Parlament vorgesehen sind "humanitäre Hilfsdienste und Hilfsleistungen, bei denen Waffen lediglich zum Zweck der Selbstverteidigung mitgeführt werden". Hat der "Verteidigungs"minister nicht selber in Ziffer 58 seiner Verteidigungspolitischen Richtlinien formuliert: "Die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten sind fließend. Eine rasche Eskalation von Konflikten, wodurch ein friedenserhaltender Einsatz in eine Operation mit höherer Intensität übergeht ist nie auszuschließen"?

Nach Ansicht von Struck könnte das Gesetz bis Ostern 2004 in Kraft treten. Höchste Zeit, den Widerstand zu organisieren.

Abkürzungen

CJTF – Sombined Joint Task Forces
 ESVI – Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
 ESVP – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
 NRF – NATO Response Force
 UN – Vereinte Nationen
 UNDP – Entwicklungsprogramm der UNO
 VN – Vereinte Nationen
 VPR – Verteidigungspolitische Richtlinien
 WEU – Westeuropäische Union

Abkürzungen für zitierte Zeitschriften

ES – Europäische Sicherheit
 FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung
 FR – Frankfurter Rundschau
 FTD – Financial Times Deutschland
 UZ – Unsere Zeit

Arno Neuber ist Beirat der
 Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. in Tübingen



isw-report ISSN 1614-9289

- report 73: **Klima-Killer Konzerne** Wie Konzerne und Marktwirtschaft das Klima kaputt machen (April 2008) Sonderpreis 2,00 EUR + Vers.
- report 74: **Neoliberalismus, Demokratieabbau, Neofaschismus** Doku des 16. isw-forums (Juni 2008) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- report 76: **Krise. Rezession. Absturz. – Wege aus der Krise** (April 2009) Sonderpreis 2,00 EUR + Versand
- report 77: **Die kapitalistische Krise und die neue globale Machtverteilung** Doku des 17. isw-forums (Juni 2009) SP 1,00 EUR + Vers.
- report 78: **Die Große Krise und die Lähmung der Gewerkschaften** (September 2009) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- report 79: **Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung** (Januar 2010) 3,50 EUR + Versand
- report 81: **Besser – kürzer – arbeiten.** Die Große Krise und die Zukunft der Arbeit (Doku 18. isw-forum) Juli 2010 / 3,00 EUR + Versand
- report 82: **Die Mär von der Zählung der Finanzmärkte.** Der Countdown zur nächsten Krise läuft (November 2010) 3,50 EUR + Versand
- report 83/84: **China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht** (Dezember 2010) 5,00 EUR + Versand
- report 85: **Scheitern EURO und EU?** Doku des 19. isw-forums (Juni 2011) 3,00 EUR + Versand
- report 86: **Die arabischen Revolten und der Westen** (Sept. 2011) Sonderpreis: 1,00 EUR + Versand
- report 87: **ABC der Schulden- und Finanzkrise** (Dezember 2011) 4,00 EUR + Versand
- report 88: **Welt-Einkommensverteilung.** In den Nationen immer ungleicher. Schwellenländer holen auf (März 2012) 3,00 EUR + Versand
- report 89: **Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus. Doku des 20. isw-forums** (Juni 2012) 2,50 EUR + Versand
- report 90: **Euro-Zone: Inkassobüro für die Banken? Zerbricht der Euro? Kraft für ein soziales Europa?** (Sept. 2012) 3,00 EUR + V.
- report 91: **Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System?** (Dez. 2012) 3,50 EUR + Versand
- report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 3,50 EUR
- report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 2,50 EUR
- report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 3,50 EUR
- report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR
- report 96: **Widerstand – Kapitalismus oder Demokratie** (März 2014) 3,50 Euro + Versand

isw-spezial ISSN 1614-9270

- Nr. 20: **Die Entwicklungsländer im System von WTO u. IWF** (April 2007) 4 EUR + Versand
- Nr. 21: **Mit Hochgeschwindigkeit aufs falsche Gleis** Bahnprivatisierung (Sept. '07) Mithrsg: Bündnis Bahn für Alle 1,00 EUR + Versand
- Nr. 23: **Wendejahre in Osteuropa** Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise (November 2009) 1,00 EUR + Versand
- Nr. 24: Für die Krise zahlen? Nein! **Wie die Linke in Europa gegen die Sparprogramme mobil macht** (Sept. 2010) 2,00 EUR + Versand
- Nr. 25: **Arbeitskämpfe in China.** Chinas Gewerkschaften in der Transformation (Dezember 2011) 4,50 EUR + Versand
- Nr. 26: **Die Herren des Geldes – Reichtum und Macht des 1 %** (März 2012) 2,50 EUR + Versand
- Nr. 27: **Wettbewerb schadet der Gesundheit.** Eine Analyse der Gesundheitspolitik in Deutschland (Juni 2013) 3,00 EUR + Versand

isw-wirtschaftsinfo ISSN 1614-9262

- Nr. 48: **Bilanz 2013 – Ausblick 2014** zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in **Deutschland u. Euro-Zone** (April 2013) 4,00 EUR + V.
- **CD:** alle Grafiken aus wirtschaftsinfo 48 (Powerpoint) 5,00 EUR + Versand

isw-forschungshefte ISSN 1614-9254

- Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschafts-ideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand

isw-Grafik-Report ISSN 1867-7363

- Nr. 12: **NATO. Rüstung. Krieg.** (Januar 2009) Sonderpreis 3,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe
www.isw-muenchen.de

Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"

ab isw-report 96 / 97 / 98 / 99
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab(Monat/Jahr)
mit einer monatlichen Spende von EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

Ich zahle nach Rechnungstellung
 Ich zahle per Dauerauftrag
 Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab

Die Abbuchung soll erfolgen: vierteljährlich halbjährlich jährlich

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entschieden haben, schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer sowie den Abbuchungstermin.



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9289